Einzelnummer 40 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Halle a. S. und den Bezirk Merseburg.

Nummer 247

5. Jahrgang.

Bezugspreis: Monatlich 6,— Mk. und 1,— Mk. Bestellgebühr; durch die Ausgabestellen 6,50 Mk. mit Abholegebühr. Durch die Post zugestellt monatlich 7,— Mk.; im Vierteljahr 21,— Mk.

Erscheint jeden Werktag; Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit" sowie wöchentlich abwechselnd: „Die Frauenwelt" und „Für die arbeitende Jugend"

Anzeigenpreis: Das Millimeter im achtgespaltenen Anzeigenteil kostet 70 Pfg.; Reklame im dreigespaltenen Textteile 3,— Mk. Schluß der Anzeigenannahme für die nächste Nr. morgens 9 Uhr.

Redaktion: Große Brauhausstraße 17, Halle a. S. Fernruf-Nr. 6802. Sprechzeit vormittags 11—12 Uhr.

Halle, Freitag, den 21. Oktober 1921

Verlag u. Expedition: Gr. Ulrichstr. 27. Halle a. S. Fernruf-Nr. 5407. Postscheckkonto Erfurt Nr. 11092

Der neue Machtspruch.

Die Entscheidung des Völkerbundrates dem deutschen Botschafter in Paris überreicht. Nähere Mitteilungen über den Entscheid nach Veröffentlichungen der Pariser Presse.

Berlin, 21. Oktober. (WTB.) Die Botschafterkonferenz übermittelte gestern nachmittag dem Botschafter in Paris nachstehende Note über die oberschlesische Entscheidung:

Herr Botschafter!

Ich habe die Ehre, Ihnen anbei den Text der Entscheidung zu übermitteln, die die Botschafterkonferenz am 20. Oktober d. J. namens und in ausdrücklicher Vollmacht der Regierungen des britischen Reiches, Frankreichs, Italiens und Japans getroffen hat, die mit den Vereinigten Staaten von Amerika als alliierte und assoziierte Hauptmächte den Friedensvertrag von Versailles unterzeichnet haben. Die genannten Mächte haben gemäß dem Friedensvertrag eine Lösung gesucht, die dem Wunsche der Bevölkerung, wie er in der gemeindeweisen Abstimmung zum Ausdruck gekommen ist, entspricht und die wirtschaftliche Lage der Ortschaften berücksichtigt. Sie haben sich deshalb nach Einholung des Gutachtens des Völkerbundsrates veranlaßt gesehen, den Industriebezirk Oberschlesien zu teilen. In Anbetracht der Tatsache, daß die verschiedenen Volksteile geographisch zerstreut liegen, andererseits aber stark untereinander vermischt sind, müßte jede Teilung dieses Gebietes dazu führen, daß auf beiden Seiten der Grenzlinie ziemlich beträchtliche Minderheiten verblieben und daß wichtige Interessengebiete auseinandergerissen wurden. In Berücksichtigung dieser Umstände enthält die getroffene Entscheidung Maßnahmen, um im Interesse der Allgemeinheit die Fortdauer des wirtschaftlichen Lebens ebenso wie den Schutz der Minderheiten in Oberschlesien zu gewährleisten. Die deutsche Regierung muß sich auch wohl dessen bewußt werden, daß die alliierten Mächte ihre Entscheidung als ein einheitliches Ganzes betrachten und sie fest entschlossen sind, sich Geltung zu verschaffen. In dem Falle, daß die beteiligten Regierungen oder eine von ihnen sich aus irgendeinem Grunde weigern sollte, die Entscheidung insgesamt oder zu einem Teil anzunehmen oder durch ihre Haltung zu erkennen geben würden, daß sie der loyalen Durchführung der Entscheidung Hindernisse in den Weg zu legen bestrebt ist, behalten sich die alliierten Mächte in der Erwägung, daß es im Interesse des allgemeinen Friedens nützlich ist, die vorgesehene Regelung so schnell wie möglich durchzuführen, solche Maßnahmen vor, die sie für geeignet halten, um die völlige Durchführung ihrer Entscheidung sicherzustellen.

Genehmigen Sie usw.

(gez.) A. Briand.

*

Paris, 20. Oktober. Heute werden die Dokumente über Oberschlesien veröffentlicht, die dem Völkerbundrat und dem Vorsitzenden des Obersten Rates unterbreitet wurden, gemäß der einstimmig am 12. Oktober angenommenen Empfehlung.

Die Grenze

folgt der Oder von dem Punkte ab, wo dieser Fluß in Oberschlesien eintritt, bis Nieborschau. Sie verläuft dann in nordöstlicher Richtung und läßt auf polnischem Gebiet die Gemeinden Hohenbirken, Wilhelmsthal, Raschütz, Adamowitz, Bogunitz, Lissek, Summin, Zwenovitz, Theawakenovitz, Cobelwitz, Wleza, Kriewald, Knurow, Gieraltowitz, Preiswitz, Makeschau, Kunzendorf, Paulsdorf, Ruda, Orzegow, Schlesiengrube und Hohenlinden. Sie beläßt auf deutschem Gebiete die Gemeinden Ostrog, Markovitz, Babitz, Gurek, Stodoll, Niederndorf, Willaharitz, Nieborowitzer Hammer, Nibowitz, Schönwald, Ellguth, Zabrze, Sosniza, Mathesdorf, Zaborze, Piskupitz, Bobrek und Schomberg. Von da geht die Grenze zwischen Roosberg, das an Deutschland fällt, und Birkenhain, das an Polen kommt, in der Richtung Nordwesten weiter und läßt auf deutschem Gebiet die Gemeinden Karf, Miechowitz, Stollarzowitz, Friedrichswille, Ptakowitz, Larischow, Midar, Hanusek, Neudorf, Tworog, Hottenlast, Potemba, Keltsch, Zavadski, Pluder, Petershof. Klein-Lagiewnik, Skrzidlowitz, Gwodzian, Dzielna, Cziasnau, Sorowski und läßt im polnischen Gebiet die Gemeinden Scharley, Radzionkau, Tockenberg, Neu- und Alt-Repton, Alt-Czarnowitz, Rybna, Piasetzna, Boruschowitz, Mikolesna, Drahthammer, Piosek, Wüstenhammer, Kokottek, Koschmieder, Pawneka, Spiegelhof, Gutsbezirk Groß-Lagiewnik, Glinitz, Koschutz und Lissau. Im Norden des letzteren Ortes fällt die Grenze mit der alten Grenzlinie zusammen und mit der, die bereits zwischen Polen und Deutschland festgelegt worden ist.

Anmerkung: Danach fällt der südöstliche Teil des Kreises Ratibor, der größte Teil des Kreises Rybnik, der ganze Kreis Pleß, Stadt und Landkreis Kattowitz, Stadt und Landkreis Königshütte, Landkreis Beuthen, der größte Teil des Kreises Tarnowitz mit Tarnowitz sowie des Kreises Lublinitz an Polen.

Die Eisenbahnen.

Um die Fortdauer des wirtschaftlichen Lebens Oberschlesiens nach der Teilung zu sichern und auf ein Mindestmaß alle die Schwierigkeiten der Uebergangsperiode zu beschränken, wurden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

Die Bahnlinien von Privatgesellschaften werden auch weiterhin wie bisher verwaltet. Für die Bahnstrecken des deutschen Staates wird ein gemeinsames Betriebssystem während fünfzehn Jahren in Kraft treten. Die Tarife werden vereinheitlicht. Die Fahrpreise sollen den Bedürfnissen der Industrie angepaßt werden und der Aufenthalt an der Grenze möglichst kurz sein. In dem Abstimmungsgebiet wird während eines Zeitraumes, der fünfzehn Jahre nicht übersteigen darf, die Mark das einzige gesetzmäßige Zahlungsmittel sein. Dies System kann nach einer Vereinbarung zwischen beiden Regierungen geändert werden. Für Post-, Fernsprech- und Telegraphiegebühren wird für die ganze Dauer des deutschen Geldsystems die Mark festgesetzt.

Zollverwaltung.

Die Zollgrenze fällt mit der politischen Grenze zusammen. Die Zollgesetze und Zollgebühren kommen mit einigen Ausnahmen zur Anwendung. So dürfen während sechs Monaten Rohstoffe, Halbfabrikate und unvollendete Fabrikate, die aus den Industrieunternehmen der beiden Parteien im Abstimmungsgebiet kommen und von den industriellen Unternehmen der anderen Partei der gleichen Zone fertiggestellt oder verbraucht werden sollen, zollfrei über die Grenze gehen. Während 15 Jahren dürfen die gleichen Erzeugnisse der gleichen Herkunft und zu gleicher Bestimmung die Grenze zollfrei überschreiten, wenn sie zum Wiederimport in das Ursprungsland bestimmt sind. Naturprodukte oder Fabrikate aus dem polnischen Teil des Abstimmungsgebietes sind auf die Dauer von drei Jahren von allen Zollabgaben bei ihrer Einfuhr ins deutsche Zollgebiet befreit. Diese dreijährige Periode beginnt mit dem Tage der Notifizierung der deutsch-polnischen Grenzfestlegung.

Kohlen und Gruben.

Polen wird während 15 Jahren die Ausfuhr der Grubenerzeugnisse aus dem Abstimmungsgebiet erlauben. Was die Kohlen anbetrifft, so wird den verschiedenen Bestimmungen der Verträge, Beschlüsse, internationalen Vereinbarungen usw. zwischen Deutschland und Polen in den Gegenden, die mittelbar oder unmittelbar an der Einfuhr oberschlesischer Kohle interessiert sind, Rechnung getragen werden. Deutschland wird gleichfalls auf die Dauer von 15 Jahren die Einfuhr seiner Grubenerzeugnisse nach Polen erlauben.

Verschiedene Bestimmungen.

Verschiedene andere Maßnahmen werden ins Auge gefaßt betreffs der Sozialversicherungen, der Arbeiterverbände und des Verkehrs zwischen beiden Parteien im Gebiete. Jeder Einwohner, der seinen regulären Wohnsitz im Abstimmungsgebiet hat oder seine reguläre Beschäftigung, wird eine Verkehrserlaubnis kostenlos erhalten, die ihm erlaubt, die Grenze ohne Förmlichkeiten zu überschreiten. Die in Kraft befindlichen Verordnungen im Abstimmungsgebiet, betreffend im besonderen Gruben, Industrie- und Handelsunternehmen, Arbeitergesetzgebung, bleiben in Kraft bis zum Augenblick, wo Polen eine auf das ganze Gebiet anwendbare Gesetzgebung geschaffen hat, die an Stelle der früheren Verordnungen treten kann. Alle diese aufgeführten Maßnahmen werden der Gegenstand eines zu treffenden Abkommens zwischen Deutschland und Polen in der Form einer allgemeinen Konvention zwischen den beiden Ländern bilden. Diese Konvention wird daher Oberschlesien während der Uebergangszeit unter ein besonderes Regime stellen. Zur Erleichterung der Vorbereitung und der Ausführungskontrolle dieser zeitlichen Maßnahmen wird eine Kommission gebildet, die aus der gleichen Anzahl Polen und Deutscher aus Oberschlesien besteht, mit einem Vorsitzenden anderer Staatsangehörigkeit. Sie wird den Titel „gemischte oberschlesische Kommission" führen und hauptsächlich beratend sein.

Ein Schiedsgericht kann eingesetzt werden, um alle Privatstreitigkeiten zu regeln, die sich aus der Anwendung der zeitweiligen Maßnahmen ergeben können. Streitfälle, die sich aus der Auslegung und Ausführung der allgemeinen Konvention ergeben, werden auf Grund der Bestimmung der genannten Konvention und des Völkerbundstatuts, falls dies nötig ist, geregelt werden.

Schutz der Minderheiten.

Danach erhält jede im Augenblick der endgültigen Teilung des Abstimmungsgebietes in dem Polen zufallenden Teile ansässige Person, die für die deutsche Staatsangehörigkeit optiert und während 12 Monaten, die auf den Tag der Ausübung des Optionsrechts folgen, keinen Gebrauch **von dem Recht macht, ihren Wohnsitz nach Deutschland zu verlegen, das Recht, ihren Wohnsitz in Polen während einer Zeitdauer von 15 Jahren beizubehalten. Jede Person polnischer Abstammung, die über 18 Jahre alt ist und im Augenblick der endgültigen Gebietsteilung in dem Deutschland zugewiesenen Teile ansässig ist, erhält das Recht, innerhalb zweier Jahre für die polnische Staatsangehörigkeit zu optieren. Alle vor dem gleichen Tage in dem endgültigen Deutschland zugeteilten Teile Oberschlesiens ansässigen Polen sind berechtigt, dort ihren Wohnsitz während fünfzehn Jahren beizubehalten. Diese Bestimmung findet Anwendung sowohl auf die Polen, die deutsche Staatsangehörige waren und für Polen optiert haben, wie auf die polnischen Staatsangehörigen, die keine deutschen Staatsangehörigen gewesen sind. Alle anderen Fragen, die sich auf die Nationalität der in Oberschlesien ansässigen Personen und auf den Schutz der Minderheiten im Abstimmungsgebiet beziehen, sind entsprechend dem Versailler Vertrag und der Völkerbundssatzung zu regeln. Die in diesem Sinne getroffenen Maßnahmen werden für Deutschland und für Polen internationale Verpflichtungen darstellen und in gleicher Weise wie die Bestimmungen des am 28. Juni 1919 zwischen den alliierten Staaten und Polen abgeschlossenen Vertrag unter die Bürgschaft des Völkerbundes gestellt werden.**

Keine Regierungskrise.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat Donnerstag nachmittag zu einer Sitzung zusammen. In der Aussprache ergab sich als einmütige Auffassung, daß die Entscheidung über Oberschlesien keinen Anlaß gibt, eine Regierungskrise zu eröffnen, und daß für eine solche kein Augenblick ungünstiger gewählt werden könnte, als der gegenwärtige. Die Fraktion lehnt es ebenso ab, die Frage des Verbleibens oder die Demission der gegenwärtigen Regierung in diesem Augenblick von der Lösung der komplizierten Steuerfragen abhängig zu machen, die langwierige und sachliche Beratungen erfordern. Sie ist daher einmütig der Ueberzeugung, daß die Reichsregierung ihr Verbleiben im Amte von nichts anderem abhängig machen darf, als von dem Votum des Reichstages, das sofort nach Bekanntgabe der Entscheidung über Oberschlesien einzuholen sein wird. Die sozialdemokratische Fraktion ist bereit, der gegenwärtigen Reichsregierung ihr Vertrauen auszusprechen.

Dieser einmütigen Auffassung der Fraktion stimmten auch die Vertreter Oberschlesiens ausdrücklich zu.

Heute, Freitag, um 10 Uhr vormittags, tritt die Reichstagsfraktion mit dem Parteiausschuß zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen.

*

In dieser Erklärung, die vorsichtig gelesen zu werden verdient, hat u. E. mit Recht die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Beantwortung der Vertrauensfrage für das jetzige Kabinett lediglich von der Stellung zu der oberschlesischen Entscheidung abhängig gemacht. Komplikation mit anderen Fragen, insbesondere mit dem Steuerproblem würde den schwerkapitalistischen Kanzlerstürzern von rechts die Miniertätigkeit erleichtern und den Unabhängigen die Unterstützung des Kabinetts erschweren. Wenn am heutigen Freitag oder am Sonnabend der Reichskanzler vor das Parlament tritt, hat er sich zunächst nur wegen seiner oberschlesischen Politik zu verantworten. Sie allein steht durch die Entscheidung des Völkerbundrates zur Debatte. Es kann, den bürgerlichen Parteien nicht erspart werden, zunächst dazu und nur dazu Stellung zu nehmen. So liegt die Frage ob Verbleiben oder Rücktritt Wirths ganz klar und einfach.

Große Schwierigkeiten türmen sich natürlich auf, wenn die Steuerfrage an die Reihe kommt. Die sozialdemokratische Fraktion will das Steuerproblem, für dessen Behandlung der Görlitzer Parteitag ihr allgemeine Richtlinien vorgeschrieben hat, keineswegs verschleppen. Es ist dringend genug, und wir wissen, daß auch mitten in der spannenden Erwartung, auf die oberschlesische Entscheidung in Berlin über die Steuerfrage zwischen den Fraktionen verhandelt wird. Jeder einigermaßen Kundige wird sich aber sagen, daß über eine so schwierige Angelegenheit wie die ausländische Kredithilfe durch die deutsche Industrie und die als Ergänzung oder als Ersatz für dieses Projekt notwendigen Besitzbelastungen nicht in einigen Stunden eine Entscheidung herbeizuführen ist. Der sozialdemokratischen Fraktion ist es nicht um die Form, sondern um die Tatsache einer wirklichen Erfassung des Besitzes zu tun. Darin weiß sie sich einig mit den Massen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211021-14/fragment/page=0001
DFG

[...]m Lande, aus deren Reihen gerade jetzt deutliche Kundgebungen über die Notwendigkeit einer weitgehenden Belastung des Besitzes an die Fraktion kommt. Die bürgerlichen Parteien werden sich damit abfinden müssen, daß unsere Führer in Berlin diesen wuchtigen Stimmen aus dem Reiche mehr Gehör schenken, als den Lockrufen der Politiker, die am liebsten unter dem Drucke der Ententenote über Oberschlesien alles andere für einige Tage vergessen machen möchten, bis die ersehnte Verbreiterung der Koalition nach rechts erreicht ist.

In kühler Ueberlegung und fest auf dem Boden der Notwendigkeiten, die uns die furchtbare Lage der arbeitenden Massen in Deutschland vorschreibt, wird die sozialdemokratische Fraktion gemeinsam mit dem Parteiausschuß ihre Entschlüsse fassen. Wir sind überzeugt, daß sie im Sinne der Auffassung erfolgen werden, die wir bevorstehend geäußert haben.

Fraktionssitzung der Zentrumspartei.

Wirth soll bleiben.

Berlin, 21. Okt. (W. T. B.) Im Laufe des gestrigen Tages fanden Fraktionssitzungen des Zentrums und der Deutschen Volkspartei statt. Ueber den Verlauf und das Ergebnis der Beratungen innerhalb des Zentrums wird in der Zentrumsparlaments-Korrespondenz mitgeteilt, daß die Auffassungen über die politische Lage völlig einheitlich gewesen seien. Damit wird den Gerüchten entgegengetreten, die von einer durch Strömungen im Zentrum ins Auge gefaßten Neubildung des Kabinetts unter Führung eines anderen vom Zentrum zu benennenden Parlamentariers wissen wollten. Ueber das Ergebnis der Beratungen innerhalb der Deutschen Volkspartei wurde bis jetzt eine parteiamtliche Meldung nicht ausgegeben. Die völlige Klärung der politischen Lage dürfte sich in den Beratungen des Kabinetts auf Grund der vorliegenden Entscheidung über Oberschlesien und aus der unmittelbar darauf voraussichtlich am Sonnabend stattfindenden Plenarsitzung des Reichstages ergeben.

Reichstagssitzung am Freitag nachmittag oder Sonnabend vormittag!

Der Aeltestenrat des Reichstages hat am Donnerstag bezüglich des Termins der nächsten Plenarsitzung beschlossen, daß der Reichstagspräsident sich zunächst mit dem Reichskanzler darüber verständigen solle, wann dieser die Regierungserklärung über die Genfer Beschlüsse abgeben könne. Danach wird Präsident Loebe den Termin der Sitzung bekannt geben, die entweder am Freitag nachmittag oder Sonnabend vormittag stattfinden wird.

Die schwerindustriellen Kanzlerstürzer.

Wie der Sozialdem. Parlamentsdienst erfährt, ist der scharfe Vorstoß der Deutschen Volkspartei gegen den Reichskanzler Wirth rein schwerindustriellen Ursprungs. In der Fraktionssitzung war Stinnes der Führer des Stoßtrupps gegen Wirth. Unterstützt wurde Stinnes dabei von Hugenberg und Vögler. Auch außerhalb der volksparteilichen Fraktion hat die Schwerindustrie gegen Wirth kräftig gewühlt. Die Richtung in der Volkspartei, die bereit ist, auch in das Kabinett Wirth einzutreten, wird von dem früheren Reichsschatzminister von Raumer und dem Abgeordneten von Kardoff geführt. Es ist möglich, daß auch diese Angaben von der „Nationalliberalen Korrespondenz" dementiert werden, aber sie sind richtig.

Preußischer Landtag.

59. Sitzung. Donnerstag, den 20. Oktober 1921. 12 Uhr.

Die Aussprache über die Kartoffelversorgung wird fortgesetzt.

Abg. Pischke (D. Vp.): Die Anbaufläche für Kartoffeln muß vergrößert werden. Vor allem aber müssen die Wucherbestimmungen im Interesse der reellen Produzenten und Händler rücksichtslos angewandt werden.

Ein Vertreter des Landwirtschaftsministeriums: Die Staatsregierung ist bereit, alle hier gemachten Vorschläge und Anregungen zwecks Abhilfe der Kartoffelnot eingehend mit den zuständigen Preisstellen zu prüfen. In einer Konferenz der Regierungspräsidenten wurde übereinstimmend zum Ausdruck gebracht, daß in den meisten Kreisen die Aufkäufer die Schuldigen sind. Insbesondere scheinen die als Vertreter großer Verbrauchsorganisationen und der Industriebetriebe angestellten Aufkäufer auf die Preise verheerend zu wirken. (Hört! hört! rechts.) Die Kartoffelernte kann im Großen und Ganzen nicht als ungünstig bezeichnet werden. Auch die Transportverhältnisse sind nicht so schlecht. Es besteht also keine Gefahr. Seit dem 1. Oktober sind durchschnittlich 6000 Waggons Kartoffeln täglich verladen worden, etwa dieselbe Menge wie im vorigen Jahre. Jedoch steht die Waggonbestellung in keinem Verhältnis zu der Anforderung. Die Einführung von Höchst- und Richtpreisen ist undurchführbar. Einen einheitlichen Preis für den ganzen Staat festzusetzen, ist nicht möglich, da die Produktionskosten in den verschiedenen Landesteilen sehr differenziert sind. Diejenigen Gegenden, die die höchsten Preise hätten, würden versorgt werden, aus Gegenden mit niedrigen Richtpreisen würden die Kartoffeln abfließen, und die Versorgung der Bevölkerung wäre gefährdet. Die Staatsregierung wird alles tun, um auf eine bessere Waggongestellung hinzuwirken. Sie wird ferner für eine Verschärfung der Grenzkontrolle sorgen. Allen Anzeigen von Verschiebungen von Kartoffeln über die Grenze ist bisher, aber ohne Erfolg, nachgegangen worden. Jeder Großhändler muß eine Handelserlaubnis haben. Die Konzessionspflicht, wie sie im vorigen Jahre bestand, hat zu nicht günstigen Ergebnissen geführt. In Ermangelung zureichender Mittel für die Ueberwachung der Ernährung der Bevölkerung hat der Staatskommissar für Volksernährung naturgemäß seine Aufgaben nicht restlos lösen können. Seine Haupttätigkeit liegt z. Zt. bei der Aufbringung der Getreideumlage. Auch die Vertreter der Verbraucherschaft müssen darauf hinwirken, daß von Seiten der Konsumenten keine Wucherpreise gezahlt werden. (Lebh. Beifall rechts. Unruhe links.)

Sodann tritt man in eine Besprechung der Anfragen ein.

Abg. Meyer-Bielefeld (Dn.): Meine Partei ist der Ansicht, daß gegen jeden Wucher mit den schärfsten Maßnahmen vorgegangen werden muß. (Lachen links.) Bei den Preisen hat man den Unterschied zwischen Herbst- und Frühkartoffeln übersehen. Wer Kartoffeln verladet, muß künftig eine Legitimation vorlegen, damit man dem „dunkeln Gesindel" auf die Finger sehen kann. (Andauernder Lärm links.) Es sind genügend Kartoffeln vorhanden, bei einer richtigen Verteilung braucht niemand Not zu leiden. (Lebh. Beifall rechts.)

Abg. Kaulen (Ztr.): An den hohen Kartoffelpreisen sind die hohen Saatkartoffelpreise mit schuld.

Abg. Brandenburg (Soz.): Der Waggonmangel hat nur den geringsten Teil der Schuld an dem Kartoffelelend, vielmehr schuld hat der Mangel an gutem Willen bei Händlern und Erzeugern. Viele Landwirte liefern jetzt überhaupt nicht, sondern halten die Kartoffeln in gewinnsüchtiger Absicht zurück bis zum Frühjahr. Die Altmärkische Tageszeitung, ein offizielles Organ der Deutschnationalen in Stendal, spricht offen aus, daß die Landwirte bei festgesetzten Preisen oft die Lieferung verweigern. Die Landarbeiterlöhne sind nicht so sehr gestiegen, daß die jetzigen Kartoffelpreise dadurch gerechtfertigt würden. Die Gestehungskosten betragen durchschnittlich 30 Mark für den Zentner Kartoffeln. Von einer Notlage der Landwirtschaft kann heute keine Rede mehr sein. Wie stimmt das Gerede von der Opferwilligkeit der deutschnationalen Landwirte zu der Tatsache, daß im Kreise Salzwedel von 50 Landwirten und Viehhändlern 2¼ Millionen Mark hinterzogener Steuern eingezogen werden konnten, und daß davon 30 Landwirte deutschnationale Parteimitglieder und 5 deutschnationale Kreistagsmitglieder waren. Die naive Zumutung des Regierungsvertreters, die landwirtschaftlichen Organisationen sollten ihren Mitgliedern gut zureden, daß sie nicht so hohe Preise nehmen möchten, wird in diesen Kreisen fröhliches Gelächter erregen. Die Massen aber wissen, was sie von solcher „Antwort" der Regierung zu halten haben. Das Volk wird es dieser Regierung auf ihr Schuldkonto schreiben, daß sie nicht gewillt und nicht imstande ist, gegen Wucher und Ausbeutung ernsthafte Maßnahmen zu ergreifen, aus Furcht vor den Deutschnationalen, von denen sie abhängig ist. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Jürgensen (U. Soz.): Es ist Ihnen (nach rechts) mit einem Einschreiten gegen die Preistreiberei nicht ernst. Sie müßten von diesen Leuten öffentlich abrücken. Sie tuen es aber nicht.

Abg. Frau Dr. Dönhoff (Dem.): Mit der Zwangswirtschaft haben wir zu üble Erfahrungen gemacht, um eine Rückkehr zu ihr zu empfehlen.

Abg. Kilian (Komm.): Nur schärffte Maßnahmen, unter Mitwirkung der Arbeiterschaft, können helfen. Das Wort von der „Not der Landwirtschaft" trifft nur in dem Sinne zu, daß sie Not hat, ihr Geld unterzubringen. (Heiterkeit rechts.)

Abg. Held (D. Vp.): Konsumenten und Produzenten müssen zusammen arbeiten zur Schaffung niedriger Preise.

Darauf wird die Sitzung vertagt. — Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr: Anträge zu dem Oppauer Unglück, kleine Anfragen, kleine Vorlagen, Rest von heute, Etat der Forst- und Gestütsverwaltung. Schluß ½6 Uhr.

Wie sieht Bayern jetzt aus?

Vor einigen Tagen ist auf seinem Gute Savar in Ungarn der Mann gestorben, der bis zum 9. November König in Bayern war. Sein Tod hat, wie zu erwarten war, die Hauptstadt Bayerns in ein ostentativ zur Schau getragenes Trauerkleid gehüllt. Die Auslagen der Geschäfte sind mit der umflorten Königsbüste geschmückt, die öffentlichen und ein Teil der privaten Gebäude haben Trauerfahnen gehißt. Die Zeitungen, vor allem die Staatszeitung erscheinen, wie zu Zeiten der Monarchie, mit schwarzem Trauerrand. Die bürgerliche Presse erstirbt im tiefsten Mitleid mit dem vertriebenen Monarchen, dessen Tod sie bereitwillig auf das Konto der Revolution setzt. So schreiben die „Münchner Neuesten Nachrichten":

„Es ist kein Geheimnis, daß den König die traurigen Novemberereignisse, die sich gerade zu einer Zeit abspielten, als die Königin von ihrem Herzleiden besonders geplagt wurde, schwer getroffen haben." Der Direktor der Münchner Universität sagt in einem Leitartikel der „Münchner Zeitung": „Die Krone ist zerschlagen, der bayrische Staat in seiner tausendjährigen alten Art erschüttert, die Rechte der deutschen Fürsten zu Boden geworfen, die Macht zerbrochen, der Wohlstand der blühenden deutschen Länder zerstört. Es wird immer ein dunkler Fleck in der bayrischen Geschichte bleiben, wie der alte König mit seiner todkranken Frau in jener Novembernacht fliehen mußte, von rohen jungen Soldaten verhöhnt, vergebens eine Stätte suchend, wo er sein Haupt zur Ruhe legen könnte." Natürlich rüstet sich München, die Leichenfeier mit großem Pomp zu begehen. Die Leiche des Königs und der Königin werden Ende nächster Woche in der Frauenkirche beigesetzt werden. Die Staatszeitung des freien Volksstaates Bayern meldet, daß die Maßnahmen für die Ueberführung der Leichen bereits von der Staatsregierung unter Leitung des Ministeriums des Aeußeren eingeleitet worden sind. —

Eine merkwürdige Auffassung über den Vollzug der Reichsgesetze herrscht in der bayrischen Beamtenschaft. So hat das Beschwerdegericht beim Landgericht München, das Verbot des „Münchner Anzeigers" unter Ueberführung der Kosten auf die Staatskasse, für ungerechtfertigt erklärt, mit dem Hinweis, daß die Angriffe des Blattes auf den Reichskanzler, die zu dem übereilten Verbot geführt haben, keineswegs seine amtliche Tätigkeit betroffen haben und nicht geeignet waren, den Reichskanzler in einer den Frieden des Reiches gefährdenden Weise verächtlich zu machen.

Die „Münchner Neuesten Nachrichten" schreiben hierzu: Eine verfehlte Verordnung zum Schutze leitender Persönlichkeiten, die zu schwach sind, sich selbst zu helfen! Das ist das natürliche Schicksal aller Sonder- und Ausnahmegesetze. Sie würden am besten wieder aufgehoben, da ihre praktische Anwendung überdies zumeist die Fähigkeiten der vollziehenden Stellen übersteigt.

Die Mark steigt wieder.

An der heutigen Berliner Börse machte sich eine deutliche Erhöhung der Mark im Vergleich zu den ausländischen Zahlungsmitteln bemerkbar. Während gestern Auszahlung New York noch 171¾ amtlich notiert wurde, stellt sich die heutige Notiz auf 158. Im weiteren Verlauf sind Dollarnoten sogar mit 154 angeboten worden. Man schreibt die Erholung des Markkursus der ruhigeren Betrachtung sowohl der oberschlesischen als auch der innerpolitischen Lage zu. In Börsenkreisen nimmt man an, daß die Regierungskrise durch das Verbleiben des Kabinetts Wirth gelöst werden wird.

Der böse Streikposten.

Eine deutschnationale Anfrage im Reichstage.

Neulich ist berechnet worden, daß jede im Reichstage eingebrachte kleine Anfrage der Reichskasse 900 Mark kostet. Bisher trieb den größten und kostspieligsten Unfug mit dieser parlamentarischen Einrichtung der deutschnationale Abgeordnete Mumm. Sein Fraktionskollege Henning, Major a. D. hat ihn nun übergipfelt. Er interpelliert den Reichskanzler, weil böse Streikposten dem hohen Herrn Major und deutschnationalen Volksvertreter unmöglich gemacht haben sollen, sein Gepäck durch einen Dienstmann zum Bahnhof bringen zu lassen. Erst unter dem Schutze der Schupo sei das Gepäck zum Bahnhof gebracht worden. Wenn Herr Henning trotz seiner ehemaligen Majorsepauletten seinen Koffer selber zum Bahnsteig getragen hätte, wie andere Menschenkinder auch, wäre dem Streikposten die Aufregung, der Schupo das Eingreifen, der Reichsregierung die Belästigung mit dieser Anfrage und den Steuerzahlern der Betrag von 900 Mark erspart worden.

Die Marketenderin.

Erzählung aus der Zeit der Revolutionskriege
von Erckmann-Chatrian.

(15. Fortsetzung.)

Wir Kinder, Hans Adam, Franz Seppel, Nickel, Johann und ich gingen von Tür zu Tür, betrachteten die zerbrochenen Ziegel, die eingeschlagenen Läden, die aufgebrochenen Scheuern und lasen die Lumpen, die Papierstücke von den Patronen und die an den Mauern abgeplatteten Kugeln auf. Diese Fundstücke freuten uns so, daß keiner vor Nacht daran dachte, heimzugehen.

Jeder von uns rühmte sich der Gefahren, die er bei dem großen Treffen bestanden hatte. „Ich habe die Kugeln pfeifen hören," sagte Franz Seppel; „zwei sind in unsere Küche hereingeflogen." „Ich, ich haben den Ulanengeneral mit seiner roten Mütze galoppieren sehen," rief Hans Adam; „das ist viel fürchterlicher, als die Kugeln pfeifen hören."

Was mich am meisten stolz machte, war, daß mir der republikanische Kommandant einen Fladen gegeben und gesagt hatte: „Beiß herzhaft zu."

Indem wir nun an der Treppe des Rathauses vorüberkamen, rief einer: „Kommt herauf!" Wir stiegen hinter ihm drein die große Treppe hinan, und vor der Tür zum Rathauszimmer, die ein viereckiges, handgroßes Loch hatte, sagte er zu uns: „Da seht hinein! Da sind die Kleider der Toten! Vater Jeffer und der Herr Bürgermeister haben sie heute in einem Wägelchen daher geführt."

Und wir blieben länger als eine Stunde, diese Kleider zu betrachten; es kletterte immer einer über die Schulter des anderen und flüsterte: „Laß mich doch auch sehen, Hans Adam! Jetzt ist's an mir."

Diese Kleider waren mitten in dem großen verlassenen Saal bei der düsteren Beleuchtung zweier großer vergitterter Fenster aufgehäuft. Da waren Republikanerhüte und Ulanenkappen, Bandeliere und Patronentaschen, blaue Röcke und rote Mäntel, Säbel und Pistolen. Die Gewehre waren rechts an die Wand gelehnt und weiter weg war eine Reihe Lanzen. Das war schauerlich, und es ist mir im Andenken geblieben.

Nach Verfluße einer Stunde, als es anfing dunkel zu werden, bekam einer von uns Angst, sprang die Treppe hinab und schrie mit fürchterlicher Stimme: „Sie kommen!"

Darauf stürzte die ganze Bande hinab und fort im Galopp, einer stieß sich am anderen und es gab Beulen in der Dunkelheit. Mich wundert, daß keiner den Hals brach, so groß war unser Schrecken.

Vor dem Wirtshaus zum Schlüssel, dessen Fenster durch die Nacht glänzten, hielt ich still. Der Lärm der Trinker gab mir wieder Mut. Ich sah durch das kleine offene Guckfenster in den Saal, in welchem eine große Menge von Stimmen summte und sah Koffel, den Mauser, Herrn Richter und viele andere, wie sie um die tannenen Tische herum saßen, mit gebücktem Rücken, den Ellenbogen aufgestützt, Krüge und Becher vor sich.

Die eckige Gestalt des Herrn Richter mit seiner Jagdweste und seiner Kappe von gekochtem Leder gestikulierte unter der Lampe in dem greulichen Rauch: „Da habt Ihr diese famosen Republikaner," sagte er, „diese fürchterlichen Menschen, welche die Welt umstürzen wollten und die zu zerstreuen, der ruhmvolle Schatten des Feldmaschalls Wurmser hinreicht. Ihr habt gesehen, wie sie flohen und lange Beine machten. Wie oft habe ich nur gesagt, daß alle ihre großen Unternehmungen wie ein Eisgang enden werden. Mauser, Koffel, habe ich es nicht gesagt?"

„Jawohl, Sie haben es gesagt," erwiderte der Mauser; „aber darin liegt kein Grund, so zu schreien. Setzen Sie sich, Herr Richter, und lassen Sie eine Flasche Wein kommen. Koffel und ich haben beide die unsrige bezahlt. Das ist jetzt die Hauptsache."

Herr Richter setzte sich nieder, und ich ging nach Hause. Es mochte etwa sieben Uhr sein. Der Hausgang war gekehrt; die Fenster wieder hergestellt. Ich trat zuerst in die Küche, und als mich Lisbeth erblickte, rief sie: „Da ist er." Sie öffnete die Zimmertüre und sagte leiser: „Herr Doktor, das Kind ist da!" — „Gut," sagte der Onkel, [illegible] Tisch [illegible] soll hereinkommen."

Und als ich mit lauter Stimme sprechen wollte, fiel er, indem er nach dem Alkoven zeigte, ein: „St! setz Dich, Du wirst hungrig sein!" — „Ja, Onkel!" — „Woher kommst Du?" — „Ich war fort, im Dorf." — „Das ist gut, Fritzel! Ich hatte Sorge um Dich; aber es ist mir recht, daß Du das Elend gesehen hast."

Lisbeth kam nun und brachte mir einen guten Teller Suppe, und während ich aß, fuhr der Onkel fort: „Du weißt jetzt, was der Krieg ist. Erinnere Dich dieser Dinge, Fritzel, um sie zu verwünschen. Es ist eine gute Belehrung; was man jung gesehen hat, bleibt uns fürs ganze Leben."

Er machte diese Betrachtung für sich; ich war im Zug, die Nase im Teller. Nach der Suppe trug mir Lisbeth Gemüse und Fleisch auf; aber als ich eben meine Gabel nahm, da sehe ich neben mir auf dem Stubenboden ein unbewegliches Wesen, das mich betrachtete. Ich war betreten. „Hast nichts zu fürchten, Fritzel," sagte lächelnd der Onkel.

Jetzt sah ich auf und ich erkannte, daß es der Hund der Marketenderin war. Er saß ernsthaft da, mit erhobener Nase und hängenden Ohren und betrachtete mich durch seine gekräuselten Haare mit aufmerksamem Auge.

„Gib ihm von Deinem Gemüse," sagte der Onkel, „und Ihr werdet bald gute Freunde sein." Er gab ihm ein Zeichen, zu ihm herzukommen und der Hund setzte sich an seinem Stuhle nieder. Der Onkel täschelte ihn auf den Kopf und das schien ihm zu gefallen. Er leckte meinen Teller auf und sah mich dann wieder mit ernsthafter Miene an.

Als ich von meinem Nachtessen aufstand, hörte ich verworrene Stimmen aus dem Alkoven kommen. Der Onkel horchte hin; die Frau sprach ausnehmend schnell und leise. Diese verworrenen, geheimnisvollen Worte, mitten in der Stille regten mich mehr als alles auf; ich erblaßte. Der Onkel lauschte und sah mich dabei an; aber seine Gedanken waren wo anders: er horchte. Auch der Hund wandte sich um. Unter der Menge von Worten, welche die Frau sprach, waren einige stärker betont: „Mein Vater . . . Hans . . . getötet . . . alle, alle . . . das Marketenderfaß!"

Forts. folgt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706297751921102-14/fragment/page=0002

Der 2. Bundestag des Bundes der freien Schulgesellschaften Deutschlands.

Am 15. Oktober begann eine Tagung von etwa 200 Delegierten der freien Schulgesellschaften in Köln, um über die schwebenden Fragen der gesetzlichen Regelung unseres Schulwesens Stellung zu nehmen, zum andern aber auch den organisatorischen Auf- und Ausbau der Schulgesellschaften in einer ganz Deutschland umfassenden Einheitlichkeit zu bewerkstelligen. Man muß sagen, daß die erste Aufgabe, bei der im wesentlichen pädagogische Erwägungen zugrunde liegen, in einer erstaunlichen Einmütigkeit gelöst wurde, und daß die Schulgesellschaften verstehen, zu marschieren, wenn die entscheidende Stunde schlägt. Was jedoch die zweite Aufgabe, die Gestaltung der Organisation, anbelangt, muß zugegeben werden, daß die Herbeiführung zu einer strengen und straffen Zentralisierung der Schulgesellschaften noch schwere Hindernisse zu überwinden haben wird, die zur Zeit noch in vollem Umfange bestehen. Ein erstes Hindernis besteht darin, daß sehr viele Ortsorganisationen noch nicht die wünschenswerte Festigkeit erlangt haben, die nötig ist, wenn sie als Bausteine den Gesamtbau tragen sollen. Zum andern aber ist auch hier das alte Leid zu beklagen; an dem alle Organisationen tragen, die die verschiedensten Parteien zu gemeinsamer Arbeit vereinigen wollen: das Leid der Ausnutzung der Bewegung zu parteipolitischer Organisation seitens kommunistischer Kreise. Möge diesen Hitzköpfen in der Kölner Tagung zum Bewußtsein gekommen sein, daß dadurch der Bewegung ein schlimmer Schaden zugefügt werden kann, und möge in allen Ortsgruppen des Bundes die Ueberzeugung Platz greifen, daß die Einigkeit all derer, die unsere Schule zu einer wirklichen Volks-Einheitsschule gestalten wollen, die unbedingte Voraussetzung zur Erreichung dieses hohen Zieles bedeutet.

Es wurden Entschließungen einstimmig angenommen, gerichtet

erstens an die Reichsregierung und den Reichstag, von denen verlangt wird, unverzüglich einen Reichsschulgesetzentwurf vorzulegen resp. zu verabschieden, der als die Normalschule der deutschen Republik die weltliche Schule festlegt, die der Reichseinheitsschule die Bahn öffnen soll;

zweitens an die deutsche Lehrerschaft, die die Einheitsschule erstrebt, sich als Weg zu ihr für die weltliche zu erklären, den Kampf für sie durch Beitritt zum Bunde der freien Schulgesellschaften zu führen und gemeinsam mit ihm das Volk zum Kampfe für die Schule aufzurufen;

drittens an die freigerichtete deutsche Elternschaft, die zum Kampf für Abänderung der jetzt bestehenden Schulparagraphen der deutschen Reichsverfassung aufgerufen wird, die an der Festlegung der Einheitsschule vorbeigegangen ist, und der die Gefährlichkeit des kürzlich vorgelegten Reichsschulgesetzentwurfs vor Augen geführt wird, der die Möglichkeit einer noch größeren Zerreißung des deutschen Volksschulwesens in sich trägt und keinerlei Gewähr bietet für die zu fordernde im Unterricht zum Ausdruck kommende Anerkennung der Republik als bleibende Staatsform;

viertens an die weitere Oeffentlichkeit, die auf die Gefahren und Schwierigkeiten aufmerksam gemacht wird, die der freien Schule und ihren Förderern bereitet werden durch die reaktionären Schul- und Geheimräte in den Schul- und Verwaltungsstellen, durch das akademische Beamtentum in seiner Mehrzahl, das sich dem autokratisch-monarchischen System verschrieben hat und das neue System sabotiert, wo es nur kann. Alle auf dem Boden der heutigen Staatsform stehenden Volksvertreter, die Verwaltungsstellen in Reich und Einzelländern sollten darauf hinwirken, Säuberung zu halten, die reaktionären Beamten durch Republikaner zu ersetzen und Bestrafung aller Lehrenden herbeizuführen, die bewußt zum Haß gegen die bestehende Staatsordnung erziehen und ihren verfassungsmäßigen Verpflichtungen (Artikel 148) nicht nachkommen.

Zur literarischen Erziehung der Kinder wurde gefordert, daß gegen den literarischen Schund in den Lehr- und Lesebüchern mit aller Macht eingeschritten werden müsse.

Zur Frage der Lernmittelfreiheit wurde verlangt, daß die Verfassungsbestimmung betr. Lieferung freier Lernmittel baldigst in allen Volksschulen der deutschen Republik durchgeführt werde.

Gegen die Besetzung der Schulen mit Rektoren erhoben die Schulgesellschaften schärfsten Protest und ersuchen, unverzüglich die notwendigen Schritte zu unternehmen, die kollegiale Schulleitung zur Durchführung zu bringen.

Für die Besetzung der schon bestehenden weltlichen Schulen soll von den Behörden durch Anlegung von zweckdienlichen Katastern an den Regierungen gesorgt werden.

Eine schwierige Frage bildete für den Bund die Einführung des Bundesorgans „Die freie Schule", Gelsenkirchen, zum Pflichtorgan. Da die Umstellung zu große Anforderungen an die Beitragspflicht der Mitglieder gestellt haben würde, wurde vorläufig von dieser Neuerung abgesehen, um dem Bundesorgan die Möglichkeit zu lassen, sich zuerst einmal in seiner Selbständigkeit und finanziellen Unabhängigkeit zu entfalten.

Die Festsetzung des Etats forderte einen Jahresbeitrag von 4 Mk. für den Kopf der Mitgliedschaft.

Zum nächstjährigen Tagungsort wurde Hannover bestimmt.

Die Volksversammlung am Abend des ersten Tages gestaltete sich im großen Saale des Gürzenich zu einer machtvollen Kundgebung für die Einheitsschule. Staatsratspräsident Peus-Dessau redete über das Thema: „Die freie Schule, eine Kulturforderung der Gegenwart". Seine herrlichen Ausführungen waren ein warmes Bekenntnis für die alle Schichten, Parteien, Konfessionen unseres Volkes umfassende Volks-Einheitsschule, die nur dann zustande kommen könne, wenn die Schule von der einseitigen Beherrschung aller Konfessionen, aller Weltanschauungsrichtungen und aller Parteien erlöst würde.

Am Abend des zweiten Tages vereinigte ein gemütlicher Abend die Delegierten mit ihren Kölner Gastgebern unter der Mitwirkung namhafter Künstler. Man trennte sich in dem Bewußtsein, einen tüchtigen Schritt weitergekommen zu sein in der Zusammenfassung aller Kräfte, die unsere Schule dem Geist der neuen Zeit anpassen sollen.

Noch in dieser Woche

wollen die Bezieher der „Volksstimme", welche diese beim Postamt oder -boten ihres Bestellbezirkes bestellen,

das Bezugsgeld für den Monat November einzahlen,

damit beim Monatswechsel keine Unterbrechung in der Zustellung eintritt.

Postbezieher, die beim Verlag direkt bestellen,

werden ersucht, Zahlung nur auf **Postscheckkonto des Verlags Volksstimme, G. m. b. H., Nr. 11092, Amt Erfurt,** zu leisten, damit Doppellieferungen der Zeitung vermieden werden.

Ein offenes Wort in der Polizeifrage.

Von beachtenswerter Seite wird dem Sozialdemokratischen Pressedienst geschrieben:

Weiß der Herr Minister des Innern, daß in der Unterbeamtenschaft fast aller Landespolizeien große Erregung herrscht? Ist ihm bekannt, daß es Landespolizeien gibt, die fast täglich die Tatsache aufzuweisen haben, daß Beamte um Entlassung bitten, weil sie die geradezu trostlose Finanzlage nicht mehr aushalten? Oder weil die sogenannte „Kasernenverpflegung" derart ist, daß den Beamten jede Dienstfreudigkeit verloren geht?

Jetzt ist den Beamten die neue Teuerungszulage bewilligt worden. Was geschieht? Sofort erhöhte das Reich die Verpflegungsbezüge der Beamten von 8 auf 10,50 Mk. täglich. Wie kommt das Reich dazu, den Beamten 24 Proz. Erhöhung zu bewilligen, dan aber ihren Verpflegungssatz um 31 Proz. zu erhöhen? Es pfeifen die Spatzen von allen Dächern, daß die Beamten der Landespolizei schlechter verpflegt und schlechter untergebracht sind, als die Reichswehr. Man nimmt ihnen aber die gleichen Sätze ab. Man fordert von ihnen einen Dienst, gegen den der Reichswehrdienst geradezu ein Kinderspiel ist. Ist den zuständigen Behörden bekannt, daß es Schutzpolizeien gibt, deren Beamten zum Teil nur einen Rock, ein Hemd, eine Unterhose usw. besitzen? Ich kenne Schutzpolizeien, bei denen 7, 8 und mehr Beamte (Unterwachtmeister, Wachtmeister und Oberwachtmeister) auf einer Stube liegen, denen für diese Unterkunft Summen an Miete abgezogen werden, die geradezu erstaunlich sind. Mir sind Fälle bekannt, wo einem Oberwachtmeister, der mit 8 Kollegen auf einer Stube liegt, für den Monat Oktober 48, 60 Mk. Miete eingezogen werden (in einer Mittelstadt). Dafür hat der Oberwachtmeister ein Bett, ein Stuhl, einen Schrank und das Anrecht auf eine Beteiligung von einem der zwei Tische in der Stube.

Bedauerlicherweise gibt es höhere Beamten, die alles sehen und nichts dazu sagen. Ihnen ist es recht, wenn es in der Polizei gärt, man kann doch dann sagen: „Da seht Ihr, wie weit Ihr mit Eurer Republik kommt!" Wenn es unruhig wird, schreit alles nach der Schutzpolizei, wird es wieder stiller, behandelt man die Beamten nicht wie Beamten, sondern wie Rekruten. Es scheint dringend notwendig, daß sich der Herr Reichsminister des Innern genaue Informationen darüber einfordert, wie es in der Unterbeamtenschaft wirklich aussieht. Auch die Herren Innenminister in den Ländern sollten sich über die Stimmung unterrichten. — Der Reichsminister des Innern, Genosse Gradnauer täte gut, Unterbeamte aller Länder, möglichst gewählte Vertrauensmänner, zu sich zu bescheiden, um zu hören, wo der Unterbeamtenschaft der Schuh drückt. Da wird er die Wahrheit hören und wohl ein anderes Bild erhalten, als das, was ihm seine Räte vorzuzaubern versuchen. — Man verlangt von den Schutzpolizeien, daß sie sich für die Republik einsetzen und ihr Leben opfern, da hat auch die Republik die Pflicht, sich um das Wohl und Wehe der Beamtenschaft zu kümmern und ihr nicht in dieser Zeit der Not Verfügungen auf den Hals zu brennen, die ihre an sich erbärmliche wirtschaftliche Lage, statt sie zu verbessern, noch verschärfen. Wer die Stimmung der Unterbeamtenschaft kennt, der weiß, daß es Zeit ist, sich um solche Dinge zu kümmern.

Die Not der Invaliden.

Der Zentralverband der Invaliden und Witwen Deutschlands richtet einen Notruf an die Reichsregierung und den Reichstag. Man liest darin: Die Arbeitsinvaliden, Invaliden- und Altersrenter, Unfallverletzten, Armenunterstützungs-Empfänger, Geburtskrüppel und ihre Angehörigen sind durch die neue Verteuerung aller Lebens- und Bedarfsartikel in einen Zustand der Verelendung gebracht, der nicht mehr übertroffen werden kann. An Renten einschließlich Beihilfen und Zulagen erhalten:

1 300 000 Invaliden- und Altersrentner im Durchschnitt pro Tag etwa 2,90 Mark;
1 200 000 Waisen pro Tag etwa 1,10 Mark;
900 000 Unfallverletzte im Durchschnitt pro Tag etwa 1 Mark.

Reichsmittel werden außerhalb dieser festgesetzten Renten als ergänzende Fürsorgeleistungen nicht gegeben. Auf dem Wege der Armenfürsorge sollen die Gemeinden helfen, und hier werden Unterstützungen gewährt, die unter Anrechnung der Renten durchschnittlich 150 Mark pro Monat im Reiche nicht übersteigen. Erwerbslosenunterstützungen sind den Invalidenrentnern usw. reichsgesetzlich verwehrt, da diese Kreise als nicht mehr auf dem freien Arbeitsmarkt vermittlungsfähig betrachtet werden. Verzweifelt bemühen sich die noch zum Teil erwerbsfähigen Invaliden um die wenig freiwerdenden passenden Arbeitsgelegenheiten für Erwerbsbeschränkte; die Regelung der Erwerbsbeschaffung für Erwerbsbeschränkte liegt völlig im argen. Der Aufruf schließt mit einer bitteren Anklage gegen Milliardengewinne und unerhörten Luxus, während große Teile unseres Volkes unschuldig auf die elendste Weise dahinsiechen und zugrunde gehen.

Kleines Feuilleton.

In der Bahn.

Ein Mütterchen sitzt neben mir dicht,
Hat ein liebes, altes Runzelgesicht.
Wieviel Furchen die Stirn durchpflügen!
Wieviel Falten um die Mundwinkel liegen!

Ein paar welke, rissige Hände
Ruhn der Alten auf müden Knie'n.
Doch auf den Wangen ihr rote Brände
Unverbrauchter Gesundheit blüh'n.

Wie auch Sorgen ihr Leben umleuchten:
Ein paar treue Blauaugen leuchten,
Die da verkünden unbedingt,
Daß das Leben nicht jeden zwingt!

Und ein Lächeln umsonnt die Alte,
Daß ich vor Freude kaum an mich halte . . .

L. L.

Der graue Mann in Holland.

Lady Norah Bentinck hat ein Buch geschrieben: „Der Kaiser im Exil". Unter der Ueberschrift: „Wie der Kaiser aussieht", wandert ein Absatz dieses Buches durch die bürgerliche Presse.

In diesem Absatz erzählt die Engländerin, wie der Exkaiser an der Hochzeit der Tochter seines Gastfreundes mit seinem Adjutanten v. Zilsmann teilnimmt.

Der aus Doorn erscheinende Kaiser war ganz in Grau gekleidet, preußische Feldmarschallsuniform; die Brust mit Orden zu behängen, hatte er nicht vergessen. Grau war das Haar des Exkaisers, grau Schnurbart und Bart (den er neuerdings trägt), grau waren die Augen, grau selbst seine Gesichtsfarbe.

Stille ward es auf dem Hochzeitsfeste, als der graue Mann eintrat. Sekunden totenhafter Grabesstille, die die Nerven der Hochzeitsgäste zitternd spannte.

Ob sie wohl die furchtbare Sprache dieser Stille verstanden, die Gäste? Ob sie sich der düsteren Tragik dieses grauen Schattens bewußt waren, der „steif aufgerecht" unter sie trat? —

Der alte Mann in Holland selbst hat sicher nicht gewußt, was er tat, als er zum ersten Male seit seiner Flucht die graue Uniform anzog. Er hat sicher nicht geahnt, daß er unter den Gästen stand wie die große Schuld, daß er wirkte wie das entsetzlichste Gedenkt: das graue Gespenst des Krieges; daß es sekundenlang war, als stehe der finstere, blutige Geist des Weltkrieges vor den Augen der Menschen. Des Weltkrieges, der sein rotes Mal dreimal hinter den Namen: Wilhelm der Zweite geschrieben hat, mag er den Krieg gewollt oder nicht gewollt haben. Unlöslich ewig ist der Weltkrieg mit Wilhelm dem Letzten verbunden. Ewig wird die Gestalt des grauen Mannes in Holland vor schreckerstarrten Menschenaugen stehen, ewig, bis es keine Menschen mehr gibt, keine Menschen, die fluchend, stöhnend, leidend der Millionen gedenken, deren Gebeine zerrissen in der Erde modern.

Anna Jussen.

Aus Tolstois letzten Tagen.

Vom Lebensdrame des großen russischen Dichters Leo Tolstoi, das zu einem guten Teil ein Familiendrama war, ist der Schleier immer noch nicht ganz gelüftet. Mit Dr. Makowitzki, dem Arzt und intimen Freund Tolstois, der ihn auf seiner letzten Flucht begleitete und jüngst in seiner tschechoslowakischen Heimat dem Meister in den Tod folgte, ist ein wertvoller Zeuge dahingegangen. Um so gegenwärtiger kommen die mit Auszügen aus Tolstois Tagebuch belegten Mitteilungen des Petersburger „Literarischen Boten". Und weil auch Tolstois Frau nicht mehr unter den Lebenden ist, darf man an der jüngsten Veröffentlichung keine Bedenken tragen; sie ist ein wesentlicher Beitrag zur Biographie Tolstois.

Schon in ihren, nebenbei gesagt, nicht immer objektiv gehaltenen Denkwürdigkeiten gab die Gräfin Sophia Tolstoi selbst zu, in den letzten an der Seite ihres Mannes verlebten Jahren das seelische Gleichgewicht gewissermaßen verloren zu haben. Auf Beschluß einer Art Familienrat der Tolstois wurde im Juli 1910 aus Moskau ein bekannter Nervenarzt nach Jasnaja Poljana berufen, der später in einem Brief an die Tochter Tolstois, Alexandra, seine Beobachtungen an der Kranken dahin zusammenfaßte, daß sie alles, „selbst die Wahrheit und die edelsten Gefühle", den Interessen ihrer eigenen Person unterordne. Dieses im Gutachten des Arztes noch vernichtender formulierte Urteil hatte er mit aller wissenschaftlichen Präzision Tolstoi selbst, kurz vor dessen Tode eröffnet. Das erste und größte Opfer der seelischen Unruhe der Gräfin war ihr Mann, Tolstoi selbst, wie eine Eintragung in seinem Tagebuch — die letzte in Jasnaja gemachte — enthüllt: „Den 28. Oktober 1910. Bin um halb zwölf zu Bett gegangen. Habe bis 3 Uhr geschlafen. Erwachte und hörte, wie in den letzten Nächten, ein Oeffnen der Türen und Schritte. Schaue hin und sehe helles Licht im Kabinett, höre etwas knistern. Da sucht Sophia Andrejewna (Tolstois Frau) etwas heraus, offenbar liest sie etwas durch. Am Vorabend bat sie, forderte sie, ich möchte meine Tür nicht schließen. Alle meine Bewegungen, tags wie nachts, müssen ihr bekannt sein und unter ihrer Kontrolle stehen. Neuerdings Schritte, die Tür wird leise aufgemacht. Ich weiß nicht, warum das in mir Ekel hervorruft. Ich wollte einschlafen, konnte es aber eine Stunde lang nicht. Stand auf, machte Licht und setzte mich hin. Plötzlich geht die Tür auf, Sophia Andrejewna tritt ein, erkundigt sich nach meinem „Wohlbefinden" und wundert sich über das Licht. Mein Ekel, meine Empörung steigen, ich komme außer Atem, ich zähle den Pulsschlag ab: 97! Ich mag nicht weiterliegen, ich fasse plötzlich den Entschluß: verreisen! Ich schreib ihr einen Brief, werde Duchan (Makowitzki) auf, dann Sascha (die Tochter Tolstois, Alexandra), beiden helfen mir packen. Ich zittere, wenn ich denke, daß sie es hören könnte, dann wäre ein Anfall von Hysterie unvermeidlich und meine Abreise ohne eine Szene ausgeschlossen."

In dieser Stimmung ergriff der greise Tolstoi einige Stunden später die Flucht, von der die ganze Welt überrascht war. Und schon am nächsten Tage schrieb er aus dem Optiner Kloster, wo er bei seiner Schwester, der Aebtissin, einkehrte an seine ihm am besten verstehende Tochter Alexandra die peinlichen Zeilen: „Ich verspreche mir viel vom guten Einfluß von Tanja und Serjescha (Kinder Tolstois). Die Hauptsache ist, daß sie begreifen und ihr (der Mutter) nahe legen, daß das Belauern und Belauschen, daß die ewigen Vorwürfe, die ewige Kontrolle, die Betonung des Hasses gegenüber dem, der mein allernächster und mir unentbehrlich ist (Tschertkoff), daß der offenbare Haß und die vorgetäuschte Liebe mir gegenüber — daß so ein Leben mir nicht nur unangenehm ist, sondern unerträglich. Ich wünsche nur das eine: mich von ihr zu befreien, von der Verlogenheit, der Heuchelei und dem Hasse, die ihr ganzes Wesen durchdringen. — Einige Tage verginnen nach diesem vernichtenden Briefe, und Tolstoi, nach Astopowo, einem entlegenen Winkel, verschlagen, schloß ein rätselhafter Pilger, für immer die Augen. Sophia Andrejewna war herbeigeeilt, wurde aber in das kleine Häuschen des Bahnhofsvorstandes vorerst nicht hereingelassen. Sie hat damals die Freunde ihres großen Mannes für die Flucht und den Tod verantwortlich gemacht, nicht aber, wie es richtig gewesen wäre, sich selbst.

Durch die Luft um die Welt. Der britische Flieger Sir Ross Smith, der bereits im vorigen Jahr einen erfolgreichen Flug von England nach Australien ausgeführt hat, plant jetzt einen Flug rings um die Welt. Der Flug soll noch vor dem Winter begonnen werden. Das Flugzeug wird eine Vickers-Maschine sein, die ein Mittelding zwischen Land- und Wasserflugzeug ist und die Landung gleich leicht auf dem Lande oder dem Wasser gestattet. Ausgangspunkt wird England sein; von dort wird der Flieger den Weg über Mitteleuropa nach Mesopotamien, Indien, China und Japan nehmen und sich von dort nach Norden über die Beringsee nach Alaska wenden, so daß er nach Kanada über die nördliche Grenze von Britisch-Kolumbien gelangt. Von dort will er Kanada bis nach St. Johns auf Neufoundland durchqueren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211021-14/fragment/page=0003

Einkäufer

für

Herren- und Damenstoffe

Besuchen Sie uns, überzeugen Sie sich von unserer Preiswürdigkeit.

Mitteldeutsche Textil-Gesellschaft m. b. H.

Grosse Ulrichstrasse 12.

Stadt-Theater

Sonnab. d. 22. Okt. 21.
Nichtöffentl. Vorstellung
Sonntag nachmittag:
Hanneles Himmelfahrt
Sonntag abend:
Erstaufführung
Meine Frau - das Fräulein

Einzige
Heil - Solquelle
stark radiumhaltig
Solbad Fürstental
Robert-Franz-Str. 10.
Telephon 2640.

Gebrauchte
Pianos
wie neu aufgearbeitet, in großer Auswahl vorrätig bei
B. Döll,
Gr. Ulrichstr. 33/34.

DIE FÜHRENDE BAYERISCHE TAFEL-MARGARINE

Sennerei

„Sennerei" Bestes Brotaufstrich für Tafelkünstler

VEREINIGTE MARGARINE WERKE / NÜRNBERG
VORM. HCH. LANG & SÖHNE // VORM. SALB & WOHL

Vertretung und Fabrikniederlage: **Gg. Kuhlins, Halle a. S.,** Olearius**str. 1a.**
Telephon Nr. 4084.

Sonnabend, 22. Okt. 1/8 Uhr Logensaal. Par. depl.

Allg. verständl. Vortrag d. Wiener Privatgelehrten
E. v. Czernin
Keine Geister

Alter Aberglaube u. neueste metapsychologische Forschung (Prof. Crawford, Institut Métapsychique etc.) - Hexenwage - Gottesurteil - Fakirismus - Spukerscheinungen
Diskussion - Lichtbilder
Karten zu Mk 7.—, 5.80, 3.40 bei Heinrich Hothan, Gr. Ulrichstr. 38.

Schülermützen
von 24 Mk. an. empfiehlt
J. Kaliga, Mützenfabrik,
Gr. Klausstr. 35.

Pianos
gediegen und preiswert bei bequemen Zahlweise
Erstklassige Ausführung.
Sicherste Garantie.
Albert Hoffmann,
Am Riebeckplatz.

Schallplatten St. 22 M.

Für Altmaterial zahle Kilo 11 M. oder gebe für 1½ Kilo eine neue Platte!

Neueste Schlager!!

Reparaturen an Sprechmaschinen schnell und gut.
Alle Ersatzteile: Federn, Zahnräder usw.
Mandolinen, Gitarren, Zithern, Sprechmaschinen, Mund- u. Ziehharmonikas

Karl Albrecht, Alter Markt 3.

Gewaschen mit
Dixin

WO?

kauft man
Puppen und Spielwaren
Im
Spielwarenhaus
Rud. Weibezahl
Obere Leipziger Strasse 66, Puppenklinik.

Herren-Ausstattungen
Handschuhe,
Strumpf-Wollwaren.
Lederwaren,
Spielwaren,
Dauerwäsche.
G. Liebermann,
Geiststraße 42.

Trikotagen!

Gute Qualitäten
Billige Preise.
Für den Winter:
Hemden, Hosen,
Jacken,
Einsatz-Hemden.
Dauerwäsche-Vertrieb
Kl. Berlin 2, eine Treppe, Eing. Sternstr.

Schluss der Anzeigen-Annahme 9 Uhr.

Billige frische
Seefische

Rotzunge Pfd. 3.50 | **Kabliau** o. K. Pfd. 4.50
Goldbarsch o. Kopf . . 2.40
Seelachs o. Kopf 3.30
Lebende
Aale, Karpfen, Schleie.
Täglich frische
Räucherwaren
in bekannter Güte.
Oelsardinen. norweg. u. portug., Dose von Mk. 4.— an.
Karl Pfeiffer
Neumarktfischhalle
Geiststr. 33, Ecke Albrechtstr.
Telephon 6658.

2
große
Rester-Tage
Sämtliche angesammelten einzelnen
Bettbezüge, Bettlaken, Handtücher, Wischtücher, Damen-, Herren- u. Kinder-Hemden, Beinkleider, Nachthemd., Prinzeßröcke, Unterröcke, Untertaillen usw.
werden im
Gelegenheitshaushaus
Schmeerstr. 5,
eine Treppe,
zu fabelhaft billigen Preisen
verkauft.

Unterbezirkssekretär

für den Unterbezirk Naumburg-Weißenfels-Zeitz-Eckartsberga gesucht. Bevorzugt werden Genossen, die schon längere Erfahrung in der Parteibewegung haben und in der Agitation bewandert sind. Wort und Schrift beherrschen. Meldungen mit selbstgeschriebenem Lebenslauf sind bis zum 1. Nov. 1921 an den Bezirksvorsitzenden **Reinhold Better,** Halle (Saale), **Klausbergstr. 6a.** zu richten.

Bezirksvorstand Halle der S.P.D.

Gummi-Hosenträger Dauerwäsche
Fr. Speer
Halle a. d. S.
Gr. Ulrichstr. 63

Dauerhafte Zigarren-Etuis
in Ia. Leder
preiswert und gut
nur bei
Hugo Krasemann
Schmeerstr. 19.

Tadellose
Fruchtweine
zu Familienfeiern empfiehlt
Trebstein, Kelterei Gutenberg.

Tafel-Margarine Pfund 14.75 13.90
Kunstspeisefett vorzügl. z. Essen und Braten Pfd. 15.90
Halberstädter Würstchen (Hene) i. Dos.
Schweizer-Käse, prima ¼ Pfund 6.90
Limburger ¼ Pfd. 3.00 **Edamer** ¼ Pfd. 5.00
Griess Pfd. 3.50 **Mohn** Pfd. 8.25
Nudeln Pfd. 7.80 **Makaroni** Pfd. 9.00
Kaffee, frisch gebrannt, ¼ Pfd. 7.90 7.50 6.50
Kakao, Berger, ¼ Pfd. 7.00, ½ Pfd. 3.60
Haselnüsse . . . . . Pfund 12.00
Zitronat, Orangat, sämtl. Backmaterial
Zucker, markenfrei . . . . Pfund 4.4
Sahne . . . . . Flasche 5.90

Tafelöl | Kapern | Steinpilze

Wilhelm Blos
Untere Leipziger Straße 5

Stellen finden.

Merseburg.
Ein Expedient und ein Austräger
sofort gesucht,
Meldungen im Partei-Büro Lauchstedterstraße 30.

Perfekter
Schweißer
sofort gesucht.
Sachsse & Co., Bugenhagenstr. 12.

Tüchtige
Kochmamsell
sucht
„Drei Könige",
Kl. Klausstr. 7.

Zu verkaufen

Schöner
Büffetschrank
zu verkaufen
„Drei Könige",
Kl. Klausstraße 7.

Vermischtes

Anofschneiden!
Briefl. Ausbildungskurse für Maurer u. Zimmerer als Polier, Zeichner, Betonmeister. Lehrpläne kostenfrei. C. Drescher, Bauinstr. Goldschmiedestr., Post Dt. Lissa.

Weißenfels.
Filzschuhwaren,
Fabrikate erster Filzschuhfabriken Deutschlands, Muster im Ladenfenster ausgestellt.
Nikolaistraße 31,
neben **Café Rabes.**
Daselbst werden auf Wunsch in 2 Stunden
Stiefel und Schuhe
besohlt und repariert.

Trotz
Vertheuerung
biete ich Ihnen immer noch:
Pa. Anzüge,
neueste Form
Ersatz für Maß.
Gute Hosen u. Kleider-Wäsche und Hosen
aller Art
z. billigst. Preisen an.
Machen Sie einen Versuch!
L. TRABERT
Kleine Ulrichstraße 5.

Wachstuchreste
Wachstuche
vom Stück
Linoleum
für Tische
in großer Auswahl.
Hugo Nehab Nachf.
Gr. Ulrichstr. 3.

Vereins-Anzeiger

zur
Bekanntgabe sämtlicher Veranstaltungen
der Sozialdem. Partei,
Bezirksverband Halle. Harz 42/44. Fernruf 6900.
Ferner für die dem Allgem. deutsch. Gewerkschaftsbunde angeschlossenen Gewerkschaften sowie der auf dem Boden der Arbeiterbewegung stehenden gesetzigen Vereine.

Könnern. Sonnabend, den 22. Oktober, abends pünktlich 8 Uhr beim Genossen Starke **Mitgliederversammlung.** Landtagsabg. Gen. Drescher-Halle gibt den Parteibericht von Görlitz. Genossen und Genossinnen, erscheint pünktlich 8 Uhr. **Der Vorstand.**

Freier Sängerchor Könnern und SPD. Diejenigen Parteigenossen und Sänger, welche am Sonntag nach Rauendorf zum Parteifest fahren, treffen sich 3¾ Uhr auf dem Bahnhof Könnern. **Der Vorstand.**

Zschornewitz. Sonnabend, den 22. Oktober, abends 7 Uhr **Mitgliederversammlung.** Auch sind Leser der Volksstimme willkommen. **Der Vorstand.**

Rauendorf (Saalkreis). Sonntag, den 23. Okt. von nachmittags 2 Uhr an findet im Lokal des Gastwirts Franz, Rauendorf unser diesjähriges **Herbstfest** statt, bestehend aus Konzert, Gesangsvorträgen des Freien Sängerchors Könnern und Jugendaufführungen der Arbeiterjugend von Halle, Könnern, Rothenburg und Köthen. Neben den Darbietungen des Streichorchesters, des Gesangvereins usw. den Aufführungen der Arbeiterjugend findet Preisschießen, Preiskegeln und Glücksradspielen statt. Von 7 Uhr ab Festball. Allen Parteigenossen, -genossinnen und Freunde aus Nah und Fern laden wir aufs herzlichste zu diesem Feste ein. **Der Vorstand.**

Weißenfels. Sonntag, den 23. Okt., vormittags 10 Uhr im Saale des Restaurants „Hermannsgarten" **öffentliche Beamten-Versammlung.** Landtagsabg. Gen. Postass. Müller-Hannover spricht über „Beamtentum, Republik u. Sozialdemokratie". Genossen, sorgt für zahlreichen Besuch. **Der Vorstand.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211021-14/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Arbeiter-Jugend. Heute abend 7 Uhr Zusammenkunft im Martheim, Weidenplan. Der angesetzte Vortrag über die Bedeutung des klassischen Altertums muß leider verschoben werden, da wir wichtige organisatorische Aufgaben erledigen müssen. Die Rollen für den „Aufbruch" mitbringen.

Sonnabend abend 6 Uhr Treffen am Hauptbahnhof zur Werbefahrt nach Falkenberg. Rückkehr Sonntag abend. **Der Vorstand.**

Halle und Saalkreisorte.

Halle, 21. Oktober 1921.

Wohnungsbolschewismus.

Auch ein blindes Huhn findet manchmal ein Korn. In dieser Lage glaubt die „Allgemeine Zeitung", die hallesche Vertreterin der industriellen und landwirtschaftlichen Großkapitalisten zu sein. In ihrem besinnungslosen Kampf für Aufhebung einer jeden Zwangswirtschaft läuft sie am Mittwoch abend wieder Sturm gegen die noch bestehende Wohnungsbewirtschaftung. „Zurück zur freien Wohnungswirtschaft" ruft sie und zitiert dabei als Hilfe einen sozialistischen Schriftsteller. Allerdings fühlt sie sich zu erhaben, diesen Schriftsteller selbst zu lesen. Sie überläßt diese Arbeit einem Landrat Dr. Schewermann, der dann in der preußischen Gemeindezeitung mit Genugtuung über diesen Sozialisten schreibt. Und mit Genugtuung zieht dann die „Allgem. Ztg." einen Extrakt aus dieser Schreiberei, der wie folgt aussieht:

„Von Interesse ist auch die Haltung eines Sozialisten, Ludwig Quessels, in dieser Frage, der unter der Ueberschrift „Der deutsche Wohnungsbolschewismus" in den Sozialistischen Monatsheften die Aufrechterhaltung der staatlichen Zwangswirtschaft im Wohnungswesen als die Ursache zur Obdachlosigkeit und zum sicheren Untergang des deutschen Volkes brandmarkt. Er weist daraufhin, daß der Arbeiter im Ausland heute nach wie vor dem Kriege in Deutschland ein Sechstel seines Lohnes für Wohnung hingeben, und fordert die Rückkehr zur gesunden Verteilung des Einkommens auf Wohnung, die Kleidung und Nahrung in Deutschland. Wenn das deutsche Volk weiter nur ein Dreißigstel seines Gesamteinkommens für sein Wohnungswesen zu opfern bereit sei, so werde es in immer wachsendem Maße obdachlos werden."

Jeder unschuldsvolle Leser wird natürlich aus dieser — na, sagen wir einmal — „Zusammenfassung" eines 8 engbedruckte Seiten umfassenden Artikels zu der Schlußfolgerung kommen, Quessel verlangte, der Arbeiter — wie wunderschön wieder bloß vom Arbeiter, nicht vom Mieter gesprochen wird — müsse ein Sechstel seines Einkommens für den Hausbesitzer opfern. Da die anderen fünf Sechstel jetzt unbestritten für Essen und Trinken draufgehen, verlangte also der betreffende Sozialist nichts weiter als die Aufgabe der menschlichen Existenz, die Degradation des Mieters — nein, des Arbeiters nach der „Allgem. Zeitg." — zum Tier, und zwar nur um dem Hausbesitzer den Goldwert seines Hauses zu garantieren. Vielleicht erringen dann dadurch auch noch die auf den Gebäuden lastenden Hypotheken Goldwert und die Vorbedingung zur Behebung der Wohnungsnot ist — immer nach der „Allgem. Zeitg." — sofort geschaffen.

Wir könnten uns ja nun darauf berufen, daß in den „Sozialistischen Monatsheften" alle die Doktorarbeiten abgeladen werden, die weniger geeignet sind, die Praxis der Sozialdemokratie zu fördern, sondern eher zu erschweren. In diesem Falle müssen wir uns aber doch zu einer Ehrenrettung des Gen. Quessel aufschwingen, denn so bloßstellung wor aller Gelehrtheit, wie ihn die „Allgem. Zeitg." hinstellen will, ist er denn doch nicht. Wir begnügen uns damit, der „Zusammenfassung" der „Allgem. Zeitg." einige Zitate aus jenem Artikel gegenüber zu stellen. So sagt Quessel auf Seite 603 des 14. Heftes der Sozialistischen Monatshefte:

Nur 2 Wege gibt es, um die Bau- und Wohnungswirtschaft aus dem sterbenden Zustand, der das Kennzeichen des deutschen und russischen Wohnungsbolschewismus ist, herauszuführen: Rückkehr zum kapitalistischen System im Wohnungswesen oder Uebergang zum sozialistischen System. Das erste ist politisch unmöglich. Jede Regierung, die eine Steigerung der Mietspreise um 1000 Prozent vornehmen lassen wollte, würde von der verzweifelten Mieterschaft gewaltsam beseitigt werden. Auch Annäherungsversuche an die freie Wirtschaft müßten wirkungslos bleiben, weil die Kluft zwischen dem heutigen und dem kapitalistischen Mietspreis gar nicht überbrückbar ist. Es bleibt nur die Möglichkeit bewußt und konsequent vom Wohnungsbolschewismus zum Wohnungssozialismus fortzuschreiten.

Und auf Seite 604 heißt es gleich oben zu Anfang:

Geht man von der Erkenntnis aus, daß eine Rückkehr zur freien Wirtschaft im Wohnungswesen, die die Papierwerte der Hausbesitzer wieder in Goldwerte zurückverwandeln würde, politisch völlig undenkbar ist, so bleibt als einzige Möglichkeit, um den Wohnungsbolschewismus zu überwinden, der Uebergang zum Wohnungssozialismus offen. Vom Wohnungssozialismus wird man in Deutschland von dem Augenblick an sprechen können, wo auf dem Boden des heutigen Mieterschutzes für die Instandhaltung der vorhandenen Wohnungen und den Bau einer ausreichenden Zahl neuer Wohnungen gesorgt ist. Die ersten zaghaften Versuche aus dem Wohnungsbolschewismus mit seiner fast völligen Lahmlegung der Instandhaltungsarbeiten und des Neubaues von Wohnungen herauszukommen sind in Deutschland jetzt in dem Gesetz über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues und in dem Gesetz über die Regelung der Mietzinsbildung (Reichsmietengesetz) gemacht worden, von denen das erste jetzt verabschiedet wurde, das andere zunächst nur im Entwurf vorliegt.

Man ersieht aus diesen beiden Zitaten, daß Quessel etwas ganz anderes will als wie die „Allgem. Zeitg.", und wir müssen ihn gegen den Mißbrauch von dieser Seite doch in Schutz nehmen, trotzdem wir nicht zu seinen dicken Freunden gehören. Quessel schreibt an einer anderen Stelle seines langen Aufsatzes: „Die Wohnungsfrage kann mit weniger als ein Zehntel des Gesamteinkommens der Nation nicht gelöst werden". Darin wird er recht haben. Nur wird man vergeblich danach suchen, daß er dieses Zehntel des Gesamteinkommens der Nation dadurch aufbringen will, daß er dem Arbeiter ein Sechstel seines schon jetzt unzureichenden Lohnes an den Hausbesitzer zahlen läßt. Wir vertreten den Standpunkt, wenn der Mieter im allgemeinen einen größeren Teil seines Einkommens für eine großzügige Lösung des Wohnungsproblems opfern soll, dann ist die Vorbedingung, daß die Preise für die notwendigsten Lebensmittel planmäßig gesenkt, aber nicht in die Höhe getrieben werden, wie es auch von der „Allgem. Zeitg." geschieht. Dann verschiebt sich das Verhältnis zwischen Einkommen, Miete und anderen Ausgaben von selbst. Wohin man aber mit der plan- und sinnlosen Aufhebung einer jeden Zwangswirtschaft kommt, das merkt man an der Kartoffelversorgung. Ginge es nach der „Allgem. Zeitg.", der Arbeiter würde wahrscheinlich mit seiner Familie sein Nachtlager auf den Bänken der Promenade oder den Wiesen suchen müssen. Wir verkennen gar nicht die Nöte des kleinen Hausbesitzers, aber ihm mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft helfen zu wollen, würde seiner eigenen Sache mehr schaden wie nützen.

Proletarische Freidenkervereinigung. Der Moralunterricht für die Kinder unserer Genossen, welche Ostern 1922 die Schule verlassen, beginnt Sonntag, den 23. Oktober 1921 in nachfolgenden Schulen: Giebichenstein-Schule, Martin- und Johannisschule. Die Eltern, welche in der Nähe der in Betracht kommenden Schulen wohnen, ersuchen wir, ihre Kinder dorthin zu schicken.

Rückwärts! Rückwärts!

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Zur Zeit tobt zwischen Eisenbahnverwaltung und Eisenbahnbediensteten ein erbitterter Kampf. Die Eisenbahnverwaltung versucht nach dem Vorbild der Großindustriellen die durch die Revolution errungenen Rechte der Bediensteten zu sabotieren oder wenigstens doch einzuschränken. Die große Oeffentlichkeit merkt von diesem Kampfe wenig. Sie erfährt ihn nur durch die bürgerliche Presse, die natürlich die Arbeitnehmer als unzufrieden und aufsässig hinstellt, während die Verwaltung in Wohlwollen und Entgegenkommen überfließt. Der wahre Geist der Verwaltung kann vielleicht nicht treffender geschildert werden, als wie es aus einem Bericht der Eisenbahndirektion Halle an das Reichsverkehrsministerium hervorgeht. Ich bitte daher die Redaktion der Volksstimme, diesen Bericht, wenigstens das Wichtigste, den Lesern Ihres werten Blattes zugänglich zu machen. Vielleicht in folgender Form:

„Freie Laufbahn dem Tüchtigen in der Praxis der Eisenbahndirektion Halle."

Die Eisenbahnbeamtenschaft zerfällt in drei Gruppen. Die erste Gruppe wird von den höheren Beamten gebildet, die fast ausnahmslos aus Akademikern hervorgegangen sind. Die dritte Gruppe sind die Unterbeamten, die aus dem Arbeiterstand übernommen worden sind. Zwischen beiden Gruppen steht als zweite die der mittleren Beamten. Diese sind zum Teil frühere Supernumerare (Leute mit höherer Schulbildung), zum Teil Militäranwärter. Seit einiger Zeit ist nun die Laufbahn durch das R. V. M. für mittlere Beamte gesperrt. Wenn Bedarf vorliegt, so sollten geeignete Unterbeamte herangezogen werden. Der letzte Fall ist nun bei der Eisenbahndirektion Halle eingetreten. Diese will jedoch die Unterbeamten nicht zulassen, sondern stellt bei dem R. V. M. den Antrag, Militäranwärter einberufen zu dürfen. In diesem Antrag schreibt die Eisenbahndirektion Halle wörtlich:

„Für den nichttechnischen mittleren Beamtendienst, besonders im Außendienst, erscheinen die Militäranwärter am geeignetsten. Diese haben in langer Dienstzeit oft unter schwierigen Verhältnissen gelernt, mit Leuten der verschiedensten Charaktere umzugehen. Diensteifer, Pflichtbewußtsein und Pünktlichkeit sind ihnen anerzogen. Sie haben sich unterzuordnen gelernt und nehmen ohne Widerede einen gerechten Tadel hin. Sie verstehen es, trotz persönlichen Verkehrs mit den ihnen Unterstellten immer den nötigen Abstand zu halten und ihre Autorität zu wahren. Vorläufig dürften sie an Allgemeinbildung infolge ihrer Vorbereitungskurse den aus den unteren Beamtenstellen hervorgegangenen Anwärtern überlegen sein. Wenn auch manchmal der Unteroffizierton der Militäranwärter dem Publikum gegenüber gerügt wird, so wird sich, wie uns die Erfahrung gezeigt hat, dieser Ton bei richtiger Belehrung bald abschleifen.

Die aus dem Eisenbahndienst hervorgegangenen Anwärter, die nach dem Ministerialerlaß für diese Stellen in Frage kommen, sind weniger geeignet. Da sie zum großen Teil aus dem Arbeiterstand hervorgegangen sind, und nur mit ihren Arbeitsgenossen in Berührung gekommen sind, fehlt ihnen die Erfahrung in der Behandlung der Menschen, sie werden von ihren Untergebenen nicht immer für voll angesehen und wissen auch oft ihre Autorität nicht zu wahren, da sie entweder im Dienst mit ihren Untergebenen zu kollegial verkehren, oder aber ihnen ein energisches Auftreten als Ueberhebung ausgelegt wird. Bei irgendwelchen Fehlern, die ihnen unterlaufen, sind sie schwer zu belehren und nehmen einen Tadel oder eine Strafe unwillig hin, was sich aus dem Gang ihrer Ausbildung erklären läßt."

In dieser Art und Weise begründet die Eisenbahndirektion ihren Bericht. Sie spricht damit allen Unterbeamten die Befähigung ab, eine höhere Stelle zu bekleiden. Der Militäranwärter hingegen, dem keine in langen Eisenbahndienstjahren erworbenen Kenntnisse zur Seite stehen, ist für die Verwaltung besser geeignet. Denn er pariert besser und beißt dafür den Vorgesetzten seinen Untergebenen gegenüber in der richtigen militärischen Kommißweise heraus.

Die Unterbeamten werden der Eisenbahndirektion Halle jedenfalls für diese wohlwollende Beurteilung den gebührenden Dank wissen.

*

Soweit die Zuschrift. Wir wollen noch hinzufügen, daß das ungezogene Schriftstück die gemeinsame Arbeit folgender Herren ist, die es auch unterzeichnet haben. Wir lesen darunter: Herre, Borchert, Weyer, Dirksen und Stephan. Man merkt daraus in vollem Umfange, was für ein Ding Geheimratswirtschaft und Geheimratsgeistesbeschaffenheit ist. Aber, wird mancher sagen, jedenfall ist in den vergangenen 3 Revolutionjahren nach dem Grundsatz: „Frei Bahn dem Tüchtigen" so fleißig gearbeitet worden, daß eine größere Anzahl untere Beamte in den Dienst der mittleren und von diesen wieder solche in die Stellen der höheren Beamten aufgerückt. Den schönen Glauben müssen wir dem Leser nehmen. Soweit uns bekannt geworden ist, sind im Laufe der drei Jahre hier in Halle 7, sage und schreibe sieben Unterbeamte in den mittleren Beamtenstand aufgerückt.

Für alle unteren und mittleren Beamten aber, die doch insgesamt unter dem alten System genuggelitten haben, erwächst aus diesen Geschehnissen die Pflicht, alles zu tun und nicht die Parteien zu stärken, auch nicht durch Saumseligkeit, die bewußt darauf hinarbeiten, die alten Zustände in voller Glorie wieder erstehen zu lassen. Es bleibt den Beamten nichts anderes übrig, das liegt in ihrem eigenen Interesse, sich rückhaltlos der Sozialdemokratie anzuschließen und in ihren Reihen für den demokratischen Ausbau des ganzen Verwaltungsapparates auch der Eisenbahn einzutreten.

Kläffer-Seelen.

Der „Klassenkampf" zückte gestern wieder einmal sein Pappschwert gegen die „Volksstimme". Der Dienstag abend, an dem bekanntlich die Schutz- und Trutzbündler ihre Kapphflaggen mit dem üblichen Hakenkreuztamtam durch die Straßen der Stadt Halle schleppten, soll um jeden Preis der Sozialdemokratie an die Rockschöße gehängt werden. Sie können es nicht verwinden, die Gemütsmenschen aus der Klassenkampfredaktion, daß die „Volksstimme" in populärer Art und Weise (der Klassenkampf schreibt: Und sie (die Volksstimme) tut das auch sehr gesucht) ihrer Empörung gegenüber dem ganzen Rummel Ausdruck gab. Wie auch schon in der gestrigen Nummer, richten sich die Tiraden der Klassenkampfschreiber in ihrer Tendenz nicht etwa gegen die sich formierende Reaktion, sondern gegen die eigenen Klassengenossen. Auch das ist ein Symbol, das alle Arbeiter erkennen müßten. Wir heben dies besonders hervor, weil der Klassenkampf wieder einmal die Frage aufwirft, wer denn eigentlich die Schuld an all diesem Gebahren der wieder erstarkten Reaktion trage. Die ganze Fragestellung zeigt die geistige Verfassung der Splitterhelden in der Klassenkampfredaktion. Gerade dieser Artikel, der von Verdächtigungen, Verleumdungen und Unwahrheiten gegen die Sozialdemokratie und die „Volksstimme" strotzt (dabei aber keinesfalls als Kampfargument gegen die Reaktion gebraucht werden kann), ist wieder ein Stück der riesengroßen Schuld, die die Klassenkampfleute und deren Anhang im Laufe der letzten Jahre auf sich geladen haben. Diese ständige Unterminierarbeit der gegenseitigen Verhetzung hat die unglückseelige Zerklüftung des Proletariats zur Folge gehabt. Das sei nur kurz auf die Frage der kommunistischen Unterwühler unserer proletarischen Machtpositionen geantwortet, die im Glashaus sitzen und mit Steinen werfen.

Der direkten Unwahrheit macht sich der „Klassenkampf" aber schuldig, wenn er schreibt:

„In ihrem (der Volksstimme) Bericht spielt die Fahne der kommunistischen Jugend, die viele Angriffe durch die Sipo auszuhalten hatte, eine große Rolle. Rote Fahne und Sozialdemokratie . . . Seit wann ist die rote Fahne wieder (!) Symbol der Sozialdemokratie? mit solcher Heuchelei, mit solchem Volksbetrug arbeitet die „Volksstimme . . ."

Es ist nicht wahr, daß die kommunistische Jugend die roten Fahnen herbeigeholt hatte. Alles Gift, das der „Klassenkampf" jetzt hinter den Kämpfern, die ihre Fahne trotz der Sipoangriffe immer wieder vorantrugen, herspritzt, ändert nichts an der Tatsache, daß die beiden roten Fahnen von der sozialdemokratischen Arbeiter-Jugend herbeigeschafft worden sind. Es bleibt dabei; nicht Kommunisten, oder Klassenkampfredakteure haben allen Widerständen zum Trotz das rote Banner vorangetragen, sondern Führer der hallischen Arbeiter-Jugend.

Der kommunistische Artikelschreiber mag die geringe Anzahl Kommunisten fragen, die unter sozialistischer Führung diesem Protestzug der kleinen, aber unbeirrbaren Schar folgten, wie sie über die roten Fahnen der Sozialdemokratie, der Arbeiter-Jugend und die „Heuchelei" der Volksstimme denken.

Zur allgemeinen Beurteilung ist noch festzustellen, daß der dem Zuge voranschreitende Fahnenträger, (von dem der Klassenkampf schreibt, daß er sich gegen die Angriffe der Sipo durchsetzte) derjenige Redakteur der Volksstimme gewesen ist, der den in Betracht kommenden „heuchelnden" Artikel kurz nach der Demonstration verfaßt hat. Demgegenüber hat sich der wortgewaltige Klassenkampfredakteur zur selben Zeit weit weg vom Schuß überall dort herumgedrückt, wo ein persönliches Eintreten gegenüber den Provokationen der Stahlhelmer und Schupopoldaten nicht in Frage kam. Herr D. hat, gedeckt hinter der Orgelschkapelle schreitend, die Sipofäbel und die immer wieder aufwärts flatternden Fahnen nur von weitem gesehen. Er befand sich in sicherer Straßenkampfetappe; deshalb wohl auch die Unkenntnis über die wirklichen Vorkommnisse an diesem Abend?!

Hat Herr D. auch trotz der drohenden Kolbenschläge sich mannhaft eingesetzt für seinen Protest durch die Tat? Nein! Seine kostbare Haut blieb in gesicherter Stellung, zeigt weder Ritz noch Beule.

Und doch war das Häuflein, das sich um die roten Fahnen des Protestes gegen die Reaktion scharte, so klein. Und doch ist Herr D. derselbe Klassenkampfredakteur, der jetzt so tapfer sein Papierschwert schwingt!

Ja, ja, sie kläffen!

*

Wir haben bereits einige Zuschriften aus den Kreisen von Sozialisten bekommen, die ihrer Parteianschauung nach links von uns stehen. In diesen Zuschriften wird übereinstimmend der Abscheu über die Lügen und sonstigen Gemeinheiten des „Klassenkampfes" Ausdruck gegeben. Wir werden morgen einige derselben veröffentlichen.

Rote Hilfe-Prozeß.

Die Strafkammer, unter dem Vorsitze des Landgerichtsdirektors Kullmann, verhandelte gestern gegen die Angeklagten Max Sierau, Franz Lieb, Otto Schneidewind, Charlotte Schmidt und Kutzschbauch. Sämtliche Genannten sollen sich wegen der Verletzung des Strafgesetzbuchparagraphen 129, Sierau auch noch wegen Urkundenfälschung verantworten. Sie waren im hiesigen Bureau der roten Hilfe (Gau Mitte) beschäftigt und wurden im Juni dieses Jahres auf Angaben eines gewissen Laska hin verhaftet.

Die Anklage behauptet also, daß die Angeschuldigten die Vollziehung von gesetzlichen Maßnahmen durch illegale Mittel verhindert haben, d h verfolgten Putschisten zur Flucht verholfen und sie dadurch der Bestrafung entzogen haben. Zwar habe die Rote Hilfe in ihrer Unterstützung notleidender Familien und ihrem eingerichteten Rechtsschutz für die Inhaftierten gute und humanitäre Zwecke. Daneben verfolgte sie aber auch illegale Bestrebungen, die diese gesamte Einrichtung nach der Maßgabe des Gesetzes zu einem „Verbande" mache, der die Durchführung von Gesetzen illusorisch machen wollte. —

Dieser Beschuldigung liegt folgender Sachverhalt zu Grunde. Eines Tages kam ein gewisser, äußerst zerlumpt und bemitleidenswert aussehender Laska auf das Bureau der Roten Hilfe und ließ sich dort einen Anzug geben. Hernach aber ging dieser wenig charaktervolle Herr sofort zu Kriminalbeamten und meldete, daß man ihn von Seiten der Roten Hilfe mit anderen politischen Flüchtlingen nach Berlin abschieben wolle, um ihm und diesen dort Arbeitsgelegenheit zu verschaffen. Dies mache er aber nicht mit. Laska hatte sich nämlich vor der Roten Hilfe ebenfalls als ein verfolgter Teilnehmer an der Märzaktion ausgegeben und ein gefälschtes Abiturientenzeugnis auf den Namen Zimmermann vorgewiesen.

Nun gingen einige Kriminalbeamte unter der Führung des Kriminalkommissars Dubiel nach dem Produktivgenossenschaftshause in der Lerchenfeldstraße, haben das dortige Bureau der Roten Hilfe aus und verhafteten die dort als Sekretäre oder Stenotypisten beschäftigten Angeklagten. Dabei fanden sie weiteres Material, das bestätigte, daß man „gesetzlich Verfolgte durch illegale Mittel" dem Arme des Staatsanwaltes entziehen wollte. Auch fand sich eine gefälschte Quittungskarte; die Fälschung wurde Sierau zur Last gelegt, der aber seinerseits vor Gericht wieder behauptet, daß Laska die Karte verfälscht habe, um die Rote Hilfe zu Fall zu bringen.

Gleichzeitig mit dieser Aushebung des Komitees wurden die Kommunisten, die nach Berlin abreisen sollten, auf dem hiesigen Bahnhofe verhaftet. — —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211021-14/fragment/page=0005

Der als Aufsichtsbeamter der Roten Hilfe vernommene Landtagsabg. Redakteur **Schumann** versucht in der Verhandlung den ebenfalls anwesenden Gen. **Dölz** zu beschuldigen, Laska durch Vermittlung des Kriminaloberwachtmeisters **Dubiel** als Lockspitzel gegen die Rote Hilfe mißbraucht zu haben. Diese Angriffe brechen aber zusammen. Vielmehr geht gerade aus dem übrigen erdrückenden Material Schumanns hervor, daß Laska ein höchst charakterloser Mensch war, der auf beiden Schultern trug und dem hilfsbereiten Komitee, das ihm einen kostenlosen Anzug abgab, diesen Vorteil durch eine spontane Denunziation lohnte. Zur Vervollständigung des Charakterbildes dieses Menschen sei nur noch bemerkt, daß er nach seiner Entlassung aus der Schutzhaft, in die man ihn steckte, um ihn als Zeugen zu haben, wieder mit der „Tribüne" gut Freund sein wollte, womit er allerdings keinen Anklang mehr fand.

Der Staatsanwalt erkennt in seinem Plädoyer an, daß die Rote Hilfe in mancher Beziehung **Wunden geheilt** habe, sieht aber zugleich den Beweis erbracht, daß sie daneben **illegale** Zwecke verfolgt habe und deshalb mit dem § 129 des Strafgesetzbuches in Konflikt geraten sei. Er hält die Behauptung Kutschbauchs und der beiden jugendlichen Angeklagten Lotte Schmidt und Schneidewind, die von dem illegalen Charakter der Organisation **nichts** bemerkt haben wollen, **nicht für glaubwürdig** und beantragt gegen Sierau, bei dem er die Urkundenfälschung gemäß dem Urteil des vernommenen Schriftsachverständigen für erwiesen hält, **8 Monate Gefängnis**, gegen Lieb und Kutschbauch ebenfalls **8 Monate Gefängnis**, gegen die nur wenig beteiligten und jugendlichen Lotte Schmidt und Schneidewind je **3 Monate Gefängnis**.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt **Hegewisch**-Celle legt in temperamentvollen Ausführungen seine **Bedenken** gegen die **Anwendbarkeit** des § 129 dar. Man könne hier nicht von einem „**Verbande**" nach dem Wortlaute des Gesetzes sprechen. Ebenso seien die Angeklagten keine „Gründer, Leiter oder Geschäftsführer" der Einrichtung. Auf das oberflächliche Urteil eines Sachverständigen hin könne keine Verurteilung Sieraus wegen Urkundenfälschung erfolgen. — —

Das Gericht verurteilte **Sierau**, **Lieb** und **Kutschbauch** zu je **sechs Monaten Gefängnis**. **Schneidewind** wird, da man ihm noch nicht das zur Erkenntnis der Strafbarkeit notwendige Maß von Einsicht zurechnet, **freigesprochen**. **Lotte Schmidt** wurde, wohl deshalb, weil mit ihrem Wissen die Rote Hilfe ihren Namen als Deckadresse benutzte, zu **zwei Monaten Gefängnis** verurteilt; gleichzeitig aber wird ihr **Strafaussetzung** mit **dreijähriger Bewährungsfrist** zugebilligt. Dem Angeklagten Sierau werden **vier Monate** der erlittenen **Untersuchungshaft** als **verbüßt angerechnet**. Gleichzeitig wird er, der als Einziger der Angeschuldigten noch in Haft war, auf **freien Fuß** gesetzt.

Tarifbewegung der Angestellten.

Am 20. Oktober fanden unter Vorsitz des Herrn Prof. **Foerges** vor dem hiesigen Schlichtungsausschuß Verhandlungen über Erhöhung der Gehälter des Halleschen Angestelltentarifes statt. Bevor über die Gehaltssätze verhandelt werden konnte, mußte eine Klärung über die Auslegung des § 15 des Tarifvertrages und über die Zulässigkeit der Aufwandsentschädigung für Reisende im Rahmen des Tarifvertrages entschieden werden. Es waren zwei Punkte des § 15 strittig. Die Arbeitgeber betrachteten den § 15 als Teuerungsklausel, das bedeutet: die **Gehälter sind prozentual in dem gleichen Maße zu erhöhen, wie die Indexziffern die Teuerung seit Dezember 1920 anzeigen.** Nach Angabe des Arbeitgeberverbandes 16 Proz. Der zweite strittige Punkt war die Auslegung des Wortes Gehaltssätze, das nach Ansicht der Arbeitgeber nicht die Altersstufen umfassen soll.

Der Schlichtungsausschuß fällte einen dahingehenden Schiedsspruch, daß die Teuerungsklausel **nicht** in dem Sinne der Auslegung der Arbeitgeber anzusehen ist. Es hat ein **Neuaufbau** der Gehälter stattzufinden. Das Wort Gehaltsätze umfaßt nicht die Altersstufen. Reisende mit festem Gehalt ohne Provision haben keine Aufwandsentschädigung zu beanspruchen, jedoch ist Reisenden mit Gehalt und Provision die Zulässigkeit der Aufwandsentschädigung nicht abzusprechen. Ueber die geldlichen Leistungen wird am Montag, vormittags 9½ Uhr, vor dem Schlichtungsausschuß verhandelt.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Laufende Teuerungszuschüsse

für Schwerbeschädigte, Kriegerwitwen, -Waisen, -Eltern und Altrentner.

Alle Empfänger laufender Versorgungsgebührnisse nach dem RVG. vom 12. 5. 20, dem Altrentnergesetz vom 18. 7. 21 und den vor dem RVG. erlassenen Militärversorgungsgesetzen — mit Ausnahme der nachstehend genannten Personen — erhalten aus Anlaß der gegenwärtigen Teuerung von Amts wegen mit Wirkung vom 1. 8. 21 bis auf weiteres laufende Teuerungszuschüsse.

Von der Gewährung dieser Teuerungszuschüsse sind ausgenommen:

a) Personen, die unabhängig von Dienstbeschädigung lediglich auf Grund von mindestens acht- oder achtzehnjähriger Dienstzeit nach den Vorschriften des Militär-Pensions-Gesetzes vom 27. 6. 21, des preußischen Gesetzes vom 6. 5. 65 oder nach den entsprechenden Vorschriften anderer Militär-Versorgungs-Gesetze ,nach § 1 Abs. 2 und 3 (§§ 9—11) MVG., § 95 RVG. oder § 8 Altrentner-Gesetz versorgt sind (Kapitulanten).

b) Beschädigte, deren Erwerbsfähigkeit um weniger als 50 v. H. gemindert ist.

c) Berufsoffiziere, Deckoffiziere und Beamte sowie deren Hinterbliebene, die nach dem vor dem RVG. ergangenen Mil.-Vers.-Ges. versorgt sind.

Die Teuerungszuschüsse werden monatlich im voraus gezahlt. Ein Anspruch darauf besteht nicht. Es erhält monatlich jeder Beschädigte, dessen Erwerbsunfähigkeit um mindestens 50 v. H. gemindert ist (Schwerbeschädigte) 30 Mark und jedes Kind, für das er nach § 30 RVG. zu sorgen hat, 15 Mark. **Wenn er nicht im Erwerbsleben steht** und seine Erwerbsfähigkeit um 70 oder 80 v. H. gemindert ist, erhält er **daneben** 20 Mark, bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 90 oder 100 v. H. 45 Mark.

Empfänger eines Uebergangsgeldes, deren Erwerbsfähigkeit um mindestens 50 v. H. gemindert ist, erhalten 30 Mark, aber keine Kinder- und sonstige Zuschüsse.

Die Auszahlung der Teuerungszuschüsse an Schwerbeschädigte und Altrentner für die Monate August bis November ds. Js. erfolgt im Stadtkreise Halle für die Schwerbeschädigten mit den Anfangsbuchstaben A, L, R, am 24. Oktober, K, S, Sp, St, am 25. Oktober, E, B, C, D, am 26. Oktober, Sch, M, Dr, am 27. Oktober, E, F, G, U, V, Z, am 28. Oktober, W, T, am 29. Oktober, H, J, P, O, am 31. Oktober, Altrentner am 1. November, und zwar in der Zeit von 8—12 Uhr vormittags und 3—5 Uhr nachmittags, Mittwoch und Sonnabend nur vormittags, im Büro der Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte, Neue Promenade 2, persönlich an die Empfangsberechtigten unter Vorlage des letzten Rentenbescheides und der Stammkartennummer. Schwerbeschädigte, deren Erwerbsfähigkeit um 70 v. H. und mehr gemindert ist und die nicht im Erwerbsleben stehen, haben den Nachweis ihrer Erwerbslosigkeit durch Vorlage einer Bescheinigung ihres Polizeireviers zu führen.

Nach demselben Erlaß erhalten auch Kriegerwitwen, -Waisen und -Eltern vom 1. 8. 21 ab laufende Teuerungszuschüsse, und zwar jede Witwe 25 Mark, jede Waise 15 Mark und jeder Elternteil 15 Mark monatlich, die von der **Postkasse** zusammen mit den Versorgungsgebührnissen gezahlt werden. Die Witwen erhalten außerdem, sofern sie erwerbsunfähig im Sinne des § 37 Abs. 2 und 3 RVG. sind **und nicht im Erwerbsleben stehen**, also keinen regelmäßigen Verdienst haben, monatlich 15 Mark Sonderzulage, die durch die Amtliche Fürsorgestelle für Kriegshinterbliebene zur Auszahlung gelangen. Die Beträge für die rückliegende Zeit (August—Oktober) und für November sollen vom 24. d. Mts. ab im Büro der Kriegshinterbliebenenfürsorge, Kl. Steinstr. 8 III, werktäglich von 9—12 Uhr vormittags und 3—5 Uhr nachmittags, außer Mittwoch und Sonnabend nachmittags zur Auszahlung gelangen. Alle Witwen ,bei denen obige Voraussetzungen vorliegen, wollen unter Vorlage der Stammkartennummer die Beträge erheben, und zwar Empfangsberechtigte mit den Anfangsbuchstaben A—F Montag, den 24. Oktober, G—H Dienstag, den 25. Oktober, K—O Mittwoch, den 26. Oktober P—R Donnerstag, den 27. Oktober, S. Sch, Sp. St, Freitag, den 28. Oktober, T—Z Sonnabend, den 29. Oktober.

Während der Auszahlung der Teuerungszuschüsse sind beide Abteilungen der Fürsorgestelle nur für besondere dringende Fälle geöffnet.

Keine Annahme von Frachtstückgut. Am 21. und 22. Oktober wird für den gesamten Bereich des Eisenbahndirektionsbezirks Halle (Saale) die Annahme von gewöhnlichem Frachtstückgut gesperrt Ausgenommen sind Kartoffeln. Die Maßnahme ist erforderlich, um eben für den Kartoffelversand genügend Wagen zu gewinnen.

Ferner wird am Sonntag, den 23. d. M. in der Zeit von 6—10 Uhr vorm. die Ausgabe der Frachtstückgüter auf dem hiesigen Güterboden geöffnet sein, um der drohenden Ueberfüllung daselbst abzuhelfen. Die Polizeiverwaltung hat ihre grundsätzliche Zustimmung hierzu gegeben. Die Abholer werden ersucht, von der ausnahmsweisen Oeffnung der Güterausgabe am Sonntag Vormittag Gebrauch zu machen.

Vortrag, veranstaltet vom Bund deutscher Architekten, Sonnabend, den 22. Oktober, nachmittags 5 Uhr, spricht im Auditorium maximum Herr Geh. Rat Prof. Dr. **Cornelius Gurlitt** (Dresden) über: „Der deutsche Baukünstler in der Vergangenheit und Gegenwart". Die **Mitglieder des Bundes** zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft werden auf diesen wichtigen Vortrag aufmerksam gemacht und zum Besuch aufgefordert. Der Eintritt ist frei.

Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft. Die Geschäftsstelle des Bundes bleibt vom 25. Oktober bis zum 27. Oktober geschlossen. Vom 1.—15. November wird die Zahlung der Pacht für folgende Bundesäcker entgegengenommen: **Exerzierplatz**, **Beesenerweg**, **Grube von der Heydt**, **Röpziger Weg**, **Niebeckstift**.

Der Reichsbund deutscher Technik, Ortsgruppe Halle, veranstaltet am Sonntag, den 23. Oktober 1921, vormittags ½11 Uhr pünktlich beginnend, im Walhallalichtspielhaus einen öffentlichen Lichtbildervortrag „Der Segelflug der Vögel und die Möglichkeit seiner Nachahmung", auch über die Versuche in der Rhön. Als Redner des Tages ist Herr Baumeister Gustav Lilienthal, der leibliche Bruder, Mitarbeiter und geistige Erbe des leider viel zu früh verschiedenen, genialen Otto Lilienthal, gewonnen. Inhaltlich verspricht der Vortrag Bedeutendes zu bieten. Der Vorverkauf der Karten hat stark eingesetzt, weshalb es empfehlenswert sein dürfte, sich rechtzeitig um 10 Uhr an der Tageskasse einzufinden, um noch eine der Restkarten zu erhalten.

Theater-Vorstellungen für die Einwohner des Saalkreises im hiesigen Stadttheater. Am Dienstag abend 6 Uhr fand die erste vom Kreiswohlfahrtsamt des Saalkreises für die Bewohner des Landes veranstaltete Vorstellung statt. Gegeben wurde das Lustspiel „Im weißen Rößl" und die zahlreichen Besucher spendeten der mustergiltigen Aufführung lebhaften Beifall. Es ist zu hoffen, daß neben den Aufführungen für Schulkinder des Kreises die für Erwachsene als eine ständige Einrichtung nunmehr bestehen bleiben. Die beiden **Wiederholungen** der Aufführung finden für Einwohner des Saalkreises **Dienstag**, den 25. d. M., ½6 Uhr abends statt.

„Keine Geister". Dieser erste diesjährige Vortrag Erich von Czernins findet morgen Sonnabend im Logensaale, Paradeplatz, statt. Wir weisen nochmals auf diesen vielversprechenden Abend hin, denn das Thema, das sich der bekannte Gelehrte gewählt hat, wird zweifellos sehr viel Wissenswertes und Lehrreiches bieten. Karten in der Hofmusikalienhandlung von Heinrich Hothan.

Liederabend Gertrud Huth. Die künstlerische Entwicklung einer Hallenserin und ein ausgewähltes Programm, sowie die Mitwirkung Max Ludwigs als feinfühlender Begleiter dürften in weitesten Kreisen reges Interesse für den am Freitag, den 28. Oktober stattfindenden Liederabend im Logensaale, Albrechtstr., erregen. Karten bei Heinrich Hothan.

Freie Volksbühne. Da der erste Wilhelm-Busch-Nachmittag mit Lichtbildern für die Kinder der Volksbühnenmitglieder schnell ausverkauft war, findet am Donnerstag, den 27. Oktober, nachm. 4½ Uhr nachm., im Reformreal-Gymnasium, Friesenstr. 3—4, eine Wiederholung statt. Frl. Käte Weber hat die Rezitation übernommen. Der Verkauf der Eintrittskarten (Kinder 50 Pfg., Erwachsene 1,50 Mk.) zu diesem Nachmittag, beginnt am Sonnabend, den 22. Oktober, in der Geschäftsstelle Brüderstr. 14, 9—1 und 3—5 Uhr.

Dantefeier der Freien Volksbühne. Zum Gedächtnis des Dichters der „Göttlichen Komödie" wird die Freie Volksbühne am 15. November eine Gedenkfeier von besonderer Großzügigkeit veranstalten. Den Einführungsvortrag hat Geheimrat Prof. Dr. Ziehen übernommen. Bettina Seipp-Berlin, vorm. erste Darstellerin an den Reinhardbühnen, wird aus der „Göttlichen Komödie" vortragen. Die literarischen Darbietungen werden durch Lichtbilder zur „Göttlichen Komödie" ergänzt und von Privatdozent Dr. Grote musikalisch eingeleitet werden. Der Kartenverkauf (2 Mk.) beginnt am Sonnabend, den 22. Oktober an den bekannten Stellen.

Stadttheater. Heute Freitag, abends 7½ Uhr wird „Das Postamt" von Tagore, hierauf „Die stumme Schönheit" von Schlegel wiederholt. Sonntag nachmittag 3 Uhr geht als Volksvorstellung bei kleinen Preisen „Hanneles Himmelfahrt" von Gerhart Hauptmann in Szene. Sonntag abend findet die Erstaufführung des Operettenschwankes „**Meine Frau — das Fräulein**" von Hans H. Zerlett, Musik von Hermann Beutten, statt. Beschäftigt sind: Anna Enghardt, Trude Horn, Hermine Ziegler, Gustav Schneider, Heinz Kohleder, Otto Tiedemann, Siegmund Matuszewski, Adolf Schiele, Walter Henneberg, Wolfgang Herrmann. Spielleitung: Adolf Schiele, musikalische Leitung Leo Schönbach. Am Sonnabend und Montag finden nichtöffentliche Vorstellungen statt. Die Kasse ist aber auch an diesen Tagen vormittags von 10—2 Uhr und abends von 7 Uhr an für den Vorverkauf geöffnet.

Im Thalia-Theater gelangt am Sonntag, abends 7½ Uhr das Schauspiel „Rosmersholm" von Henrik Ibsen zur Aufführung.

Der hallesche Kunstverein wird in nächster Zeit (voraussichtlich vom 22. d. M. ab) in den Räumen der Kunstgewerbeschule eine umfassende Ausstellung moderner deutscher Kunst zeigen, welche von Dr. Tormählen der Nationalgalerie Berlin für Basel zusammengestellt wurde und Werke der führenden deutschen Künstler umfaßt. Herrn Professor Thiersch ist es gelungen, diese Ausstellung für Halle zu gewinnen, und der hallesche Kunstverein hat keine Mittel gescheut, um die ganz außerordentliche Gelegenheit zu benutzen und dem kunstliebenden halleschen Publikum diese erlesene Schau der ersten deutschen Künstler zu bieten. Nähere Bekanntmachungen werden durch die hiesigen Zeitungen erfolgen.

Der Künstlerverein auf dem Pflug veranstaltete am letzten Vereinsabend einen Lichtbildervortrag, den Herr Juwelier **Titel** anhand einer großen Zahl von Bildern aus der näheren und weiteren Umgebung von Halle über seine Heimat hielt. Die Bilder zeigten, wie viel Schönes einem offenen Auge sich bietet, manches, was den meisten unserer Mitbürger unbekannt ist oder an dem viele achtlos vorübergehen. Waren auch nicht alle Bilder künstlerisch einwandfrei, so zeigten sie doch die Liebe des Vortragenden zu seiner Heimat. — Ferner laß **Baccano** ein lustiges Stück von Ludwig **Thoma**: Die Fahnenweihe.

Provinz und Umgegend.

Merseburg—Querfurt—Weißenfels—Zeitz.

Zeitz. Betriebsrätekonferenz. Am Dienstag fand beim „Kämpfe" eine Sitzung der Zeitzer Betriebsräte statt. Genosse Stadtrat Schulze sprach über die Versorgung der Aermsten der Armen, Invalidenrentner, Schwerkriegsbeschädigten usw, mit Kartoffeln. Von der Stadt werden Erfassungslisten ausgegeben werden. In diese Listen werden diejenigen eingetragen, die einen eigenen Haushalt besitzen und einen Verdienst von 7500 Mark gehabt haben. Leider werden aber von den Landwirten sehr wenig Kartoffeln angeliefert, sodaß die Listen auch nicht viel nützen werden. Die furchtbare Erregung der Arbeiterschaft über die schlechte Versorgung mit Kartoffeln zeigte sich in der Debatte. Die Landwirte haben sogar geäußer, daß man die „Spartakisten" mit Waffen verjagen würde. Es hat den Anschein, als ob die Landwirte in den schon in anderen Gegenden angedrohten Lieferungsstreik eingetreten wären. Auch hier im Kreise sind Händler aufgetaucht, die schon abgeschlossene Kaufverträge überboten haben. Der Kartoffelbedarf für die Stadt Zeitz beträgt noch 60 000 Zentner. Alle Zeitzer Arbeiter, die ein Einkommen von weniger als 7500 Mark in der Zeit vom 1. April bis 30. September gehabt haben, sollen sich auf dem städtischen Wohlfahrtsamt (Genosse Stadtrat Schulze) sofort melden. In der Aussprache wird dann noch auf den ungeheuern Wucher beim Milchverkauf hingewiesen. Das Liter Milch kostet 3,70 Mark. Einstimmig wird dann beschlossen, den 9. November durch Arbeitsruhe zu feiern.

Mansfelder Kreise—Sangerhausen.

Arnstadt. Wiederzurückgefunden. Vor kurzem fand hierselbst eine Versammlung des Deutschen Landarbeiterverbandes statt. Es sprach der Landtagsabgeordnete Kohl über die Lehren des Streiks, den der Freie Landarbeiterverband im Mansfelder Gebirgskreise inszeniert hatte. Er geißelte die Inkonsequenz des „Freien", die wohl laut Statut die Arbeitsgemeinschaften des Deutschen Landarbeiterverbandes mit den Arbeitgebern ablehnen, aber dennoch den von diesem abgeschlossenen Tarif auch auf die Mitglieder seines Verbandes angewendet wissen wollte. Dies lehnten, wie vorauszusehen war ,die Arbeitgeber ab. Ja, sie weigerten sich sogar, mit dem Freien überhaupt zu verhandeln, da sie seine Machtlosigkeit als Zwergorganisation kannten. Daraufhin wurde sofort der verschärfte Streik proklamiert. Dies war eine vollständig verkehrte Taktik, die von vornherein zum Scheitern verurteilt war. Dazu kam, daß der F. L. V. durch seine Konkurrenz mit den billigen Beiträgen, von denen auch noch 70 Prozent in der Ortskasse verblieben, absolut nicht leistungsfähig war. So kam, was kommen mußte: Der freventlich heraufbeschworene Streik brach elend zusammen. Die Ortsleitungen wußten vielfach überhaupt nicht den Grund des Streikes und waren auf sich selbst angewiesen. In den meisten Streikorten ließ sich überhaupt niemand von der Verbandsleitung sehen. Da auch keinerlei Streikunterstützung gezahlt wurde, so verteilte z. B. die hiesige örtliche Streikleitung, den vorhandenen Kassenbestand an die Streikenden aus, und als dieser aufgebraucht war, mußte der Streik abgebrochen werden. Inzwischen waren aber schon im Orte 11 Mitglieder auf die Straße geworfen worden. Außer Arbeitslosigkeit mit ihren Folgen war also nichts erreicht. Jetzt nun, allerdings zu spät, sehen die Betroffenen ein, daß sie von ehrgeizigen gewissenlosen Machtpolitikern mißbraucht worden sind. Unter diesen Umständen ist es für den D. L. V. verhältnismäßig leicht, die Landarbeiter soweit sie nicht indifferent geworden sind — was leider auf viele zutrifft — wieder um seine Fahne zu sammeln. Wie Kreisleiter Bötge vom D. L. V. mitteilte, ist der Freie im Mansfelder Gebirgskreise so gut wie erledigt und in allen Orten baut der Landarbeiterverband mit Hilfe der früheren Mitglieder des Freien wieder auf. Um den Uebertritt zu erleichtern, sollen die Uebertretenden wieder völlig in ihre früheren Rechte eintreten und soll ihnen ihre Mitgliedschaft beim Freien angerechnet werden. Darum ist es Pflicht aller Landarbeiter, ihrer Organisation beizutreten, um eine geschlossene Kampffront herzustellen, denn die Arbeitgeberorganisation rüstet zum Abbau der Löhne. Diesen Anschlag gilt es zu vereiteln, darum hinein in die Organisation. Werdet Leser der „Volksstimme", denn dadurch bleibt ihr auf dem Laufenden und der geistige Horizont erweitert sich. Und dies ist den Landarbeitern bitter nötig. Das zeigt der letzte Streik besonders deutlich.

Kelbra. Mitgliederversammlung der S.P.D. Am Mittwoch abend fand im Vereinslokal „Zur Schenke", unsere monatliche Mitgliederversammlung statt, welche der Stärke unserer Ortsgruppe entsprechend gut besucht war. Zu Punkt 1 der Tagesordnung, Geschäftliches, waren keine besonderen Eingänge vom Bezirksvorstand zu erledigen. Dann wurde gegen die beabsichtigte Erhöhung der Mitgliederbeiträge Stellung genommen. Nach längerer Beratung wurde beschlossen, die Beiträge von 50 auf 75 Pf. zu erhöhen. Ferner wurde beschlossen, am 27. November ein Parteivergnügen, unter Mitwirkung der Jugendgruppe, bestehend aus Theateraufführungen und anschließendem Ball, abzuhalten. Dann fand die Abrechnung vom letzten Quartal statt. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Das Referat des Genossen Hesse, über Siedlungs- und Pachtschutzfragen, wurde wegen vorgerückter Zeit, bis auf die nächste Versammlung vertagt. Nachdem noch die Monatsbeiträge kassiert, und unter Verschiedenes keine wesentlichen Anträge gestellt waren, wurde die anregend verlaufene Versammlung von dem Vorsitzenden geschlossen.

Bitterfeld—Delitzsch.

Gräfenhainichen. Lehrlingsschinderei. In dem hiesigen Orte ist es schon immer aufgefallen, daß man hier mit den Lehrlingen Schindluder spielt, sei es in Form von Ersetzung eines Dienstmädchens, oder in Ueberarbeit trotz des gesetzlichen Achtstundentages oder durch menschenunwürdiges Behandeln. Dem Faß schlägt aber der Tischlermeister Karl Heinecke, Gräfenhainichen, Wittenbergstraße, den Boden aus.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211021-14/fragment/page=0006

Beldiger hält 8 Lehrlinge, die er nach allen Regeln der Kunst ausmergelt. Durchschnittlicher Anfang der Arbeit ist früh um 6.30 Uhr und dauert im günstigen Falle bis abends 7 Uhr, öfters aber auch darüber hinaus. Eine Pause soll möglichst nicht gemacht werden. Das Essen, welches, nebenbei bemerkt, noch recht dürftig sein soll, muß nebenbei mit eingerichtet werden. Von dem angeblichen Züchtigungsrecht wird den Jungens auch die nötige Portion verabreicht. Sei es mit einem Stück Holz oder ähnlichen Instrumenten. Zu einer tüchtigen Berufsausbildung gehört nach Ansicht des Herrn Meisters auch Wasserholen, Ackerarbeiten, wie Mistbreiten, Kartoffellangen usw. Gemeine Ausdrücke, die an den Kasernenhofstil erinnern, wie „Fressen", „altes dummes Schweim" sind an der Tagesordnung. Ein Fall ist besonders kraß. Ein Lehrling von außerhalb, der nicht jeden Sonntag nach Hause fahren kann, muß nach seinen eigenen Aussagen unter Schimpfworten auch Sonntags arbeiten. Das liebe Vieh, das wochentags draußen gearbeitet hat, darf Sonntags sich ausruhen, aber dieser Herr, verehrlicher Bürger und Meister der Stadt Gräfenhainichen, stellt seine Lehrlingen noch unter die Strohwaldschen Ochsen. Wann wird es denn mit dieser Lehrlingsschinderei endlich mal zu Ende gehen? Diese Sache wird leider auch nur ein Beispiel von so vielen anderen sein, die durch die Schüchternheit der Jugend selbst nicht ans Tageslicht kommen. Hier wäre endlich das schon längst geforderte Jugendschutzgesetz am Platze, das die Arbeiter-Jugend aufgestellt hat, und dann hieße es aufpassen, daß dann die Lehrjahre wirklich Lehrjahre und keine Schinderjahre mehr sind.

Wittenberg.

Kreistag des Kreises Wittenberg.

Eine Dauersitzung.

Der am Mittwoch im Wittenberger Kreishause stattgefundene Kreistag hatte sich in seinem ersten Teil ausschließlich mit Wahlen zu beschäftigen. Ein Antrag der Linken, die viel wichtigeren Punkte, insbesondere die so brennende Kartoffelversorgungsfrage vor den Wahlen zu erledigen, wurde von der rechten Mehrheit abgelehnt. Hierauf wurde die Tagesordnung in reichlich sechsstündiger Sitzung wie folgt erledigt:

Die ersten beiden Punkte werden, bis weitere Feststellungen gemacht sind, zurückgestellt. Der bürgerliche Abg. Blumenthal beschwert sich über die schwache Beteiligung an den Sitzungen der Finanzkommission und hebt besonders hervor, daß unser Genosse Levi zweimal hintereinander die Sitzungen „geschwänzt" habe. (Genosse Levi war während beider Sitzungen auf Reisen für sein Geschäft.) Es folgten dann Wahlen von Schiedsmännern sowie einer Anzahl Stellvertreter, deren Aufführung (etwa 30 Namen) wir uns ersparen. An Stelle des von Kleinwittenberg verzogenen stellvertretenden Amtsvorstehers, Dr. Rottebohm, wird für den Amtsbezirk Kleinwittenberg der Gemeindevorsteher a. D. Schneider-Piesteritz als solcher gewählt. Der Lagerhalter Reichhardt-Dobien ist zum zweiten Male als Amtsvorsteher für den Amtsbezirk Straach nicht bestätigt worden, weil er der Kommunistischen Partei angehört und die K. P. D. den Sturz der Regierung anstrebe. Von den Kommunisten wird die Wiederwahl Reichhardts vorgeschlagen, da man sonst auch die deutschnationalen Amtsvorsteher nicht bestätigen dürfe, die ebenfalls regierungsfeindlich sind. Bei der Wahl erhält der von bürgerlicher Seite vorgeschlagene Posthalter Mühlicke-Straach von 24 abgegebenen Stimmen 14, Reichhardt die übrigen 10 Stimmen. Mühlicke ist somit gewählt. Der zum Amtsvorsteher-Stellvertreter für den Amtsbezirk Wartenburg gewählte Mühlenbesitzer Birke-Dorna ist vom Oberpräsidenten zum 3. Male nicht bestätigt worden, weil er wegen Uebertretung einer Kriegsverordnung eine geringfügige Geldstrafe bekommen hat. Es gehen zwei bürgerliche Vorschläge ein und zwar die Wiederwahl Birkes und die Neuwahl des Standesbeamten Hennig-Wartenburg. Die Wahl ergibt für Birke 13, für Hennig 10 Stimmen, 1 Zettel unbeschrieben. Birke ist somit wiedergewählt. Auch der zum Amtsvorsteher-Stellvertreter für Elster gewählte Bureauschaffner Müller-Elster ist nicht bestätigt worden. An seine Stelle wird einstimmig Bäckermeister Höhne-Elster gewählt. Es folgt die Wahl von je 4 Mitgliedern und Stellvertretern zur Gebäudesteuerkommission; die Wahl von je 5 Mitgliedern und Stellvertretern für das Schauamt für Wasserläufe, 2. und 3. Ordnung; die Wahl der Kreisvermittlungsbehörde zur Mitwirkung bei Gemeinheitsteilungen, Ablösungen usw. (3 Mitglieder); die Wahl von je 7 Mitgliedern für die Amtsgerichtsbezirke Wittenberg, Kemberg und Schmiedeberg und je 1 Vertrauensmanns und Stellvertreters für die Amtsgerichtsbezirke Dommitzsch und Gräfenhainichen zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen; die Wahl der Bullenkürkommission für das Schauamt 1. Alle diese Wahlen gingen in Gestalt eines richtiggehenden Kuhhandels zwischen der äußeren Rechten und den Kommunisten vor sich, und es war direkt rührend, anzusehen, mit welchem Eifer sich die beiden Extreme zu verständigen suchten. Die Zusammensetzung der gewählten Korporationen ist auch danach.

Die Wahl eines Kreisdeputierten an Stelle des von seinem Mandat zurückgetretenen Kommunisten Schaper wird abgesetzt, da zur Klärung dieser Angelegenheit noch Informationen eingeholt werden sollen.

Von außerordentlichen Revisionen der Kreissparkasse und der Kreiskommunalsparkasse durch einen Revisor des Sparkassenverbandes Sachsen-Anhalt, wobei besondere Bemängelungen nicht zu verzeichnen sind, nimmt der Kreistag Kenntnis. Jedoch ist hierbei festgestellt worden, daß über die Kriegswirtschaft keine richtige kaufmännische Buchführung vorhanden ist, wodurch eine genaue Kontrolle unmöglich geworden ist. Für den Verein für das Deutschtum im Ausland zur Ermöglichung bezw. Erleichterung der Aufnahme deutscher Kinder in Deutschpolen auf deutschen höheren Privatschulen wird eine laufende jährliche Beihilfe von 600 Mark bewilligt.

(Fortsetzung folgt in der morgigen Nummer der „Volksstimme".)

Torgau—Liebenwerda—Schweinitz.

Torgau. Reingefallen. Betr. der Versetzungsaffäre war es in letzter Zeit im deutschnationalen Blätterwald sehr still geworden. Plötzlich hören wir wieder die Stimme unserer Kreistante aus dem allgemeinen Geschlummer wieder hervorklingen. In seiner Nummer vom 19. Oktober bringt das Kreisblatt eine Anklage gegen sich selbst zur Kenntnis der Oeffentlichkeit. Der Selbstanklage liegt die Fassung des Artikels „Die Maßregelung des Landrats Dr. Gerecke" aus der Nummer des Kreisblattes vom 30. August zugrunde. Die „Tante" schrieb damals bekanntlich einleitend: „Landrat Dr. Gerecke hat uns Material zu seiner Verteidigung zur Verfügung gestellt, er schreibt darin in der dritten Person über sich selbst und wir bringen im Interesse der strengsten Korrektheit diese seine Mitteilungen als Flucht in die Oeffentlichkeit ..." — Jetzt schreibt dieselbe „Tante", daß diese Zeilen auf Unwahrheit beruhen und drei Herren aus dem Kreisausschuß die Urheber des Artikels seien. Warum diese Selbstbezichtigung? Das „Kreisblatt" schreibt, der betr. Artikel würde jetzt als Material gegen Dr. Gerecke benutzt. Ob das der wahre Grund ist, warum die Zeitung, ihren eigenen Ruf ins Licht der Unwahrhaftigkeit setzend, Herrn Gerecke die sichere Schlinge wieder vom Kopf ziehen will? Wer weiß? Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht!!

Liebenwerda. Kreistag. (Schlußbericht.) Der Vorschlag des Kreisausschusses, mit 35½ Prozent an der aufkommenden Vergnügungssteuer beteiligt zu sein, fand bei den Kreistagsmitgliedern so wenig Gegenliebe, daß mit einer Ablehnung der Vorlage zu rechnen war. Es wurde von mehreren Rednern betont, daß hierdurch vielen Gemeinden fast die einzige Steuerquelle genommen würde. Der Kreisausschuß zog hierauf die Vorlage zurück. — Eine große Debatte löste der folgende Punkt aus: Es handelte sich um die Anstellung einer fünften Bezirksfürsorgerin für das Kreiswohlfahrtsamt. Diese Stelle war in der vorigen Kreistagssitzung gestrichen worden und sollte auf Antrag des Gen. Dietrich-Falkenberg wieder eingerichtet werden. Dies wurde vom Kreisarzt Dr. Heimbucher warm befürwortet, schon mit Rücksicht auf die eingerichteten Mutterberatungsstellen, die äußerst gut besucht seien. Auch die in erschreckendem Maße im Kreise sich ausbreitende Tuberkulose, die Säuglingssterblichkeit und die Geschlechtskrankheiten würden die Anstellung einer weiteren Fürsorgerin erforderlich machen. Der Einwand, des Abg. Stieler, die Bezirksfürsorgerinnen verrichten nur Verwaltungs- und keine praktischen Arbeiten, wurde vom Kreisarzt ganz energisch zurückgewiesen. Das Gegenteil sei der Fall. Nachdem noch von verschiedenen Rednern das Verhalten einiger Gemeindeschwestern geschildert worden war, die nur die Familien aufsuchten, wo die Frau dem Vaterl. Frauenverein angehörte, wurde vom Kreisarzt vorgeschlagen, die Gemeindeschwestern von den Gemeinden anzustellen. Es muß hervorgehoben werden, daß sich die bürgerlichen Vertreter trotz des Gutachtens des Kreisarztes sich von der Notwendigkeit der Anstellung der Bezirksfürsorgerin, nicht überzeugen lassen wollten. Man kann daran die Rückständigkeit dieser Herren erkennen und ersieht, daß ihnen jedes soziale Empfinden und Verständnis abgeht. Erst nachdem sie in einer Pause von 5 Minuten zu einer Besprechung zusammengetreten waren und sie endlich eingesehen hatten, daß sie sich bei weiterem ablehnenden Verhalten unsterblich blamieren würden, erklärten sie sich mit der Anstellung der Bezirksfürsorgerin auf 2 Jahre einverstanden unter der Bedingung, das Fürsorgerinnen- in ein Pflegerinnensystem umzuwandeln. Dem Erlaß einer Ordnung über die Erhebung einer Wertzuwachssteuer wurde zugestimmt. Die Gemeinden erhalten ⅔ der aufgekommenen Steuer. — Als Stellvertreter für die Amtsvorsteher der Amtsbezirke Falkenberg und Mückenberg wurden gewählt Apotheker Labodzki-Falkenberg und Expedient Schuster-Mückenberg. — In die Prüfungskommission für die Abrechnung aus der Zwangswirtschaft wurden die Abg. Frahm, Rentsch und Gen. Falkmater gewählt. — Nach Beantwortung verschiedener Anfragen durch den Vorsitzenden wurde der Kreistag geschlossen. Hieran schloß sich die Besichtigung der neuerbauten Kreishäuser, die einen geschmackvollen Eindruck machen. Nun wird die „Jauchenüberschwemmung" hoffentlich alle Kreistagsmitglieder überzeugt haben, daß der gegenwärtige kein idealer Zustand ist.

Bockwitz. Hausagrarier. Grelle Streiflichter warf die letzte Gemeindevertretersitzung auf die Willkürherrschaft einiger Hausagrarier und auf das Elend derer, die ihnen auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sind. Die Witwe Herrmann, eine wohlhabende Fleischerstrau, hat vor ein paar Jahren ihren Gasthof an die Mütgrunde günstig verkauft und ist dann in das ihr gehörige Nachbarhaus umgezogen. Hier hat sie zwei Wohnungen inne, da sie sonst ihre vielen Möbel angeblich nicht unterbringen kann. Sie wurde dann von der Gemeinde ersucht, wenigstens ein möbliertes Zimmer abzugeben. Da stellte sie eine Küche mit Bett und Stuhl und Tisch zur Verfügung. Da der Raum nicht heizbar ist und sonst keine Bequemlichkeit bot, lehnte der junge Beamte, der ihn beziehen sollte, ab. Da kriegte es nun der Gemeindevertreter Schmähl, ein Bruder der Frau, fertig, sich über das anspruchsvolle Wesen des Beamten aufzuhalten. Nun wurde der Frau H. von der Gemeinde anheim gestellt, im sogenannten Backhause für eine einzelne Frau einen Raum, der jetzt mit Gerümpel vollgestopft ist, freizumachen. Frau H. lehnte es jedoch überhaupt rundweg ab, mit der Gemeinde weiter zu verhandeln. Man denke, Frau H. bewohnt mit Sohn und Schwiegertochter drei Wohnungen außer reichlichen Nebenbauten und hat so viele Möbel, aber nicht genug, um ein möbliertes Zimmer abzugeben. — Noch ärger treibt es der Hausbesitzer Fischer in der Mückenberger Straße. Bei ihm wohnt schon mehrere Jahre eine Postbeamtenfamilie. Soweit ging alles ruhig und gut bis zu dem Tage, da der Wirt eine Verwandte in sein Haus nehmen wollte und dem Mieter kündigte. Dieser wandte sich an das Mieteinigungsamt und bekam dann eine völlig unzureichende Wohnung zugewiesen, die der Familie, die aus vier Köpfen besteht, nicht mal gestattet hätte, die nötigen Betten unterzubringen. Es wurde dies auch von der Gemeinde anerkannt, und der Beamte verblieb in der Wohnung, da sich bis jetzt noch nichts anderes gefunden hat. Was nun eine einzelne alte Schlanen, läßt sich kaum wiedergeben. Bisher wurde das Wasser zur Waschküche aus der Küche des Wirts geholt. Nun verbot man der Frau des Mieters den Zutritt, und sie war gezwungen, zwei Treppen hoch das Wasser aus ihrer Wohnung herunter zu tragen. In der letzten Zeit ist die Wasserzuführung in die Waschküche eingeaut, will aber die Frau waschen, so wird ihr der Wasserhahn abgeschraubt. Auch die Lichtleitung hat der freundliche Herr Wirt abgeschnitten, und so sitzen die Leute wohl schon seit einem Jahr ohne Beleuchtung. Kürzlich legte die Gemeinde dem Mieter eine besondere Zuleitung. Am nächsten Tage war sie durchschnitten. Trotzdem aber erhöhte der Vermieter die Miete nicht um die zulässigen 40 Prozent, nein, der Einfacheit halber gleich um 60 Prozent. Erklärlich wird das Treiben dieser Leute, wenn man erfährt, daß die Frau Fischer eine eifrige Kirchengängerin ist und darum zur Prämiierung ihres frommen Fleißes dem Gemeindekirchenrat angehört.

Sport und Körperpflege.

Werbe-Sport-Abend am 22. Oktober im „Volkspark".

Das Ortskartell Halle veranstaltet am 22. Oktober einen Werbe-Sportabend im Volkspark. Wie im vorigen Jahre, so haben auch dieses Mal alle Vereine ihre Zusage gegeben, um den Abend würdig zu gestalten. Arbeitsbrüder und -Schwestern unterstützt das gute Werk und erscheint alle; denn der Abend wird den reinen freien Sport auch auf der Bühne so vor Augen führen, wie im Freien. Die Naturfreunde bringen Volkstänze, zwei Solotänze und ein Bild: „Stimmungsabend vor dem Zelte". Turn- und Sportverein „Fichte" wartet uns als erste Nummer mit seiner mustergültigen Schülerinnengruppe in Stabübungen auf. Athletenverein Achilles von 1890 tritt mit seiner Jongleurtreige auf. Fußballverein Sportlust führt Lebende Bilder auf. Die Radfahrer bringen einen Reigen und Pyramiden zu Rad. Auch die Schwimmer wollen helfen durch Aufführung von drei lebenden Bildern: 1. Strandleben, 2. Wasserballspiel, 3. Rettungsvorführungen (mit Erläuterung). Der Boxverein International wartet mit drei Gängen auf und wird wohl die meiste Anziehungskraft finden: 1. Gang Haase — Sander, 2. Gang Wildedorf — Walter, 3. Gang Lehmann — Urimmar. Zum Schluß dieser Nummer führt Genosse Wießner Expander-Uebungen vor. Im Pyramidenbau finden wir die Jugendgruppe des Athletenvereins 1909 und die Altersgruppe von Atlas-Fichte gibt als 2. Nummer Uebungen am Reck. Die Leichtathletik-Abteilung führt uns die Vorübungen des Leichtathleten vor Augen und stellt Marmorgruppen. Adler führt einen Jongleurreigen auf. Den Schluß bildet ein lustiger Einakter der Freien Theatervereinigung. Keinen schöneren Abend kann es geben für unsere Sportler. Auf nach dem Volkspark.

Sonntag, den 23. Oktober findet ein großes Herbst-Vergnügen im Volkspark statt. Der Ausschuß.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, 2. Kreis (6. Bez.).

Am vergangenen Sonntage lieferten sich H. F. C. „Minerva" (Kreismeister) und die Fußball-Abtlg. Fichte im Serienspiel einen schönen Kampf. Der Kreismeister nur bis Halbzeit mit 10 Mann spielend, konnte bis Halbzeit nur 1 Tor erzielen, zur Pause vervollständigt durch einen Ersatzmann. Nach sehr scharfem Kampfe konnte der Kreismeister noch einmal einsenden, man nahm an, daß der Kreismeister mit 2:0 Toren die Oberhand behielt. Durch groben Fehler des Vorwarts Wiens konnte Fichte einsenden. Resultat 2:1 Tore. Minerva trat mit folgender Elf an: Wien, Koritzke, Keller; Siemann, Kresse, Pathan; Barsch, Loeche, Blüher, Stolle, Hammer. Der Kreismeister war technisch die bessere Mannschaft, Fichte besaß mehr Eifer am Ball.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, 2. Kreis (6. Bez.).

Am nächsten Sonntag treffen sich im fälligen Serienspiel, auf dem Sportplatz am Rosengarten, H. F. C. „Minerva" und „Fichte"-Ammendorf. (Anfang 3 Uhr.) Ein Herbstspaziergang nach dem Minerva-Sportplatz ist sehr zu empfehlen, da ein guter Sport geboten wird. Beide Mannschaften treten mit guten Kräften an.

Touristenverein die Naturfreunde.

Sonnabend. Mitwirken beim Werbeabend des Arbeiter-Sportkartells. Musikgruppe und Mitwirkende um ½7 Uhr im Volkspark.

Sonntag vormittag. Bezirkskonferenz im Gewerkschaftshaus Berg 42/44. — Nachmittag. Kindervanderungen nach dem Kellerberg. Ab nachm. ½2 Uhr vom Wettiner-, Paradeplatz und Rannischen Platz.

Wir benötigen noch einige Quartiere für die Delegierten zur Bezirkskonferenz am Sonnabend im Volkspark.

Montag. Lichtbildvortrag in der Brunnenschule. Karten je 50 Pfg. bei Morgner, Triftstraße.

Dienstag. Musikgruppe fällt aus.

Gewerkschaftliches.

Der Kampf der Berliner Buchdrucker.

Eine Funktionärversammlung der Berliner Buchdrucker nahm gestern zu dem Kampf im Zeitungsgewerbe Stellung. Alle Redner waren der Auffassung, daß der Kampf des Druckereipersonals des Verlages Rud. Mosse die Solidarität aller Buchdrucker bedinge und die Belegschaft von Mosse zum Ausharren aufgefordert werden müsse. Während der Verhandlungen fragte der Reichsarbeitsminister telephonisch an, ob die Belegschaft sich unter Vorbehalt bereit erkläre, die Arbeit aufzunehmen, wenn der Minister persönlich sich für die Einigung einsetze. Das Angebot wurde unter stürmischer Entrüstung von der Versammlung abgelehnt. Ein Antrag, die Bewegung abzubrechen, wurde gleichfalls abgelehnt. Man nahm dann einstimmig eine Entschließung an, die den ausgesperrten Buchdruckern der Firma Rud. Mosse die Sympathie ausspricht und die sofortige Einberufung der Lohnkommission zur Beseitigung der Differenz auffordert. Am Montag soll sich erneut eine Funktionärversammlung mit dem weiteren Vorgehen beschäftigen.

Infolge des Kampfes im Berliner Zeitungsgewerbe erscheinen auch jetzt noch nur die Deutsche Zeitung und die sozialistischen Blätter.

Notizen.

Militärputsch in Portugal? Aus Lissabon wird gemeldet: Eine erfolgreiche militärische Bewegung, die sich ohne Blutvergießen vollzog, führte zum Rücktritt der Regierung. Ein neues Ministerium wird unter Porsiy eines früheren Revolutionärs gebildet. Die portugiesische Gesandtschaft in Paris erklärt, bisher keine Nachricht über den angeblichen Staatsstreich in Lissabon erhalten zu haben.

Die Villa Falconieri in Frascati, die Eigentum des ehemaligen Deutschen Kaisers war, ist auf Grund königlicher Verordnung italienisches Staatseigentum geworden. Das Finanzministerium wird demnächst Besitz von der Villa ergreifen.

Der neue thüringische Ministerpräsident ein Sozialdemokrat. Die sozialistische Regierung Thüringens wählte den Wirtschaftsminister Fröhlich zum Ministerpräsidenten.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Bekanntmachung.

Durch Gemeindebeschluß vom 30. September bezw. 10. Oktober 1921 ist mit Zustimmung der hiesigen Polizeiverwaltung in Abänderung der früheren Feststellung der Fluchtlinienplan für die verlängerte Eichendorffstraße zwischen der Richard-Wagner-Straße und dem Giebichensteiner Friedhof aufgehoben und für das Grundstück Richard-Wagner-Straße Nr. 21 ein neuer Fluchtlinienplan aufgestellt worden.

Da die Fluchtlinienänderung auf Antrag und im Einverständnis mit der beteiligten Grundstückseigentümerin erfolgt ist, haben wir den Plan förmlich festgestellt.

Der Plan kann im städtischen Tiefbauamt, Wagegebäude, Zimmer 31, eingesehen werden.

Halle, den 20. Oktober 1921.

Der Magistrat.

Vergebung

der Schlosser-, Tischler- und Glaserarbeiten für eine Vier-Häuser-Gruppe der städt. Bergmannssiedlung an der Bölsestraße am Mittwoch, den 26. Oktober 1921, 10 Uhr vormittags, Rathausstr. 6 II Zimmer 106. Vorselbst Zimmer 125 Angebotsvordrucke für je 2 Mark von 10—12 Uhr.

Halle 19. Oktober 1921.

Städt. Hochbauamt.

Bekanntmachung.

Bei einem Pferde des Herrn Hermann Stäber hier, Landsberger Straße 27/28, ist amtstierärztlich Räude festgestellt worden.

Halle, den 19. Oktober 1921.

Die Polizeiverwaltung.

Sonnabend: Wolkig und neblig, sehr mild, zeitweise etwas Regen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil Karl Garbe, für den Anzeigenteil Wilhelm Kassia, beide in Halle

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211021-14/fragment/page=0007

Geschäftliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan.

B Musterschutz

Halle, Vergnügungen usw.

Walhalla-Lichtspiel-Theater, Gr. Steinstraße 49.

C.-T.-Lichtspiele, Gr. Ulrichstraße 51.
Ständig die neuesten erstklassigen Spielfilme!
— Nur Ur- und Erstaufführungen! —
Rauchen gestattet! Erfrischungsraum!
Wochentags Beginn 4 Uhr. Sonntags 3 Uhr!

Caféhaus Monopol, Inh.: Frau Schumann. Täglich Konzert. Gegenüber dem Stadttheater, Alte Promenade 1 b, Ecke Schulstraße.

Richard Adam, Weine, Spirituosen, Brüderstraße 2. Tel. 3989.

Biophon-Theater Gr. Ulrichstr. 57. Großstadtprogramm — 4 bis 11 Uhr Vorstellung. Nur Erstaufführungen.

Allgemeines.

Georg Schmidt, Zigarren, Zigaretten und Tabak Halloria-Stolz Ludw Wuchererstraße 60.

Johs. Schloßmann, Zigarren, Zigaretten und Tabake. Telephon 5561. Leipzigerstraße 12.

Rob. Steinmetz, Leipzigerstraße 8. Leinen — Baumwollwaren — Betten — Wäschefabrik.

Fritz Mösenthin, Burgstraße 1. Telephon 3450. Manufakturwaren.

Bernh. Haeni, Schmeerstr. 2. Korsetthaus.

Hutumpreß-Anstalt B. Brustawitzki, Magdeburger Str. 27.

Heinrich Wittenberg, Leipzigerstraße 103, II. Kohlen-Abteilung. Fernsprecher 6512. Baustoff-Abteilung, Fernsprecher 6502.

Otto Just, Kohlen u. Holz, Ludwig-Wuchererstr. 45. Fernsprecher 5649.

Franz Zenk. Kleiner Berlin 2. Die große Hut-Fabrik.

Merkur-Drogerie, Ludwig-Wuchererstraße 75. Fernsprecher 6954. Drogen, Farben, Photo-Artikel, Verbandstoffe.

Arthur Täglich, Ingenieur, Lindenstr. 8.

Schmidt & Erdel Buchdruckerei. Anfertigung von Drucksachen aller Art. Fernruf 2472. Kl. Ulrichstraße 8.

Huldreich Schmelzer, vorm. Albert Schmidt, Korbwaren-Fabrik, Große Steinstraße 54/55.

Hausierer und Wiederverkäufer kaufen Textilwaren günstigst bei **Vater & Tümmler,** Landsbergerstraße 52. — Fernruf 3927. —

Makulaturpapier jederzeit zu haben. Große Brauhausstr. 17 b. Pförtner.

Theuring & Ackermann, Triftstraße 24. Großer Umsatz. Höchste Preise.

A. Schenkalowski, Krukenbergstr. 23 Rohprodukten-Großhandlung Kauft Metall, Felle Lumpen, Papier. — Telefon 4260.

J. Seydel, Mostrich und Essig. Rathausstr. 15

Otto Thormann jun. Raffineriestr. 46. kauft Möbel, Wäsche, Schuhwerk, g. Nachl. z. höch. Tagespr.

D. Heimsath & Sohn, Schneider-Geschäft Steg 19.

Mehnert & Müldener Kohlenhandlung Merseburgerstr. 45 b. Telephon 6321.

D. Kutscher, Moritzkirchhof 10. Handleiterwagen- u. einzelne Räder- Spezial-Geschäft.

G. Schaible, Möbel jeder Art. Gr. Märkerstr. 26.

L. A. Kielpennig, Uhren u. Goldwaren, Optik Reilstr. 129.

Karl Fernitz, Telephon Nr. 3874 Beerd.-Institut „zur Ruhe" Landwehrstr. 8.

J. Ewald, Steinweg 2. Fernruf 6528. Bildereinrahmungen.

P. Münster, Maßkorsetts. Ludw.-Wuchererstr. 70 Schulstraße 13.

Eduard Graf, Marktplatz 11. Bettfed. u. Betten Spezialhaus.

H. Layer, Kl. Ulrichstr. 27. Anfertigen feiner Herrengarderobe nach Maaß.

Bitterfeld.

Palast-Theater, Hallesche straße 26. — Moderne Lichtspiele. — Fernruf 281.

Kaffee Rich. Saul, Kaiserstraße 4. Reichhaltiges Konditoreibüfett. Biere und Weine.

Trinkt Bitterfelder-Biere

A. Rausch Nachf., Kirchstr. 1., Telephon 188. Posamenten, Woll-, Weißwaren. Trikotagen, Wäsche, Leinen- und Baumwoll-Waren.

Paul Wille, Burgstraße 51. Hüte. Mützen. Schirme.

K. C. Müller, Tabakfabrikate für Wiederverkäufer.

Reinhold Schirrmeister, Steinstraße 7 am Bahnhof Zigarren Zigaretten Tabake

Aluminiumwaren! liefern als Spezialität **Kersten & Schatz,** Halle a. S., Adolfstraße 9/10. Beste Bezugsquelle für en gros und en detail!

C. Klappenbach Gr. Ulrichstr. 41. Gummiwaren.

A. Schumann Gummiwaren Steinweg 46/47.

Adolf Gödecke Optische Anstalt, Poststr. 9/10

Willy Sernau Mantel-Haus, Schulstraße 11.

Herm. Zierfuß Wohnungs-Einrichtungen in jeder Preislage.

Gebr. Schubert Brotfabrik u. Mühle Merseburgerstraße 102. Telefon 6675.

Ernst Schrön Rannischestr. 19, Aelteste Spezial-Uhren-Reparaturwerkstatt. Schnell, gut, billig.

Gottfried Schrant Uhrmacher Eigene Reparaturwerkstatt 4 Schmeerstr. 4.

Karl Weber Zigarren-Spezial-Geschäft im Groß- u. Kleinverkauf Advokatenweg 20.

Wünsch & Kaps, Ludwig-Wuchererstraße 1a ∴ Fernruf 5572. Sattlerwaren und Polstermittel

Abfahrt der Züge **Naumburg**—Weissenfels—Corbetha—**Leipzig** u. zurück.

Naumburg	ab	11^{18}		5^{14}		7^{25}	9^{10}	12^{02}	12^{26}	3^{27}	4^{10}				9^{22}
Weissenfels	„	12^{26}	W	5^{32}		7^{50}	9^{37}	12^{23}	12^{52}	3^{46}	4^{28}	W			9^{31}
Corbetha	„	12^{42}	4^{42}		6^{13}	8^{05}	9^{54}		1^{07}			4^{48}	6^{06}	7^{41}	9^{52}
Leipzig	an	12^{52}	6^{22}	6^{18}	7^{38}	9^{13}	11^{04}	1^{18}	2^{15}	4^{32}	5^{14}	6^{03}	7^{23}	8^{20}	11^{21}

		W								W				
Leipzig	ab	4^{22}	6^{22}	7^{00}	7^{10}	10^{27}	1^{10}	1^{26}	4^{02}	4^{20}	5^{52}	7^{22}	10^{22}	10^{45}
Corbetha	„	5^{12}	7^{14}		8^{23}			2^{45}	4^{50}	5^{39}	7^{13}	8^{31}		11^{55}
Weissenfels	„	an	7^{30}	7^{44}	8^{37}	11^{17}	1^{59}	3^{00}	an	an	7^{28}	an	11^{32}	an
Naumburg	an		7^{50}	8^{00}	8^{57}	11^{34}	2^{15}	3^{21}			7^{48}		11^{41}	

Abfahrt der Züge **Halle**-Mücheln, Rössen, Querfurt, Weissenfels, Zeitz u. zurück.

6^{03}	W	7^{31}	7^{56}	9^{07}	10^{45}	5^{00}	3^{46}	3^{32}	7^{25}	11^{41}	an	Halle	ab	4^{25}	5^{45}	6^{07}	6^{57}	12^{28}	12^{57}	4^{39}	5^{06}	5^{26}	8^{28}	9^{25}
5^{42}	7^{13}	7^{10}	7^{31}	8^{46}	10^{19}	4^{34}	3^{21}	3^{11}	6^{52}	11^{21}		Merseburg		4^{51}	6^{20}	6^{33}	7^{22}	12^{54}	1^{16}	5^{05}	5^{29}	5^{49}	8^{54}	9^{33}
	6^{30}				9^{27}		2^{30}		6^{10}	10^{32}		Mücheln		5^{41}			8^{24}	2^{30}		5^{49}			9^{48}	
	5^{22}				9^{14}	W	1^{36}		5^{44}	9^{34}		„		6^{33}			9^{43}			6^{07}			10^{33}	
	4^{46}				8^{30}		12^{45}		5^{00}	8^{50}		Querfurt		7^{26}		7^{30}				7^{32}			11^{26}	
						4^{25}	2^{40}		W			Rössen				W				W	6^{24}			
5^{21}		6^{38}	6^{58}	8^{00}								Weißenfels			6^{55}				1^{51}		W	6^{26}		10^{29}
		6^{14}	7^{40}			2^{30}	12^{18}	6^{22}	8^{51}	11^{20}		„			4^{20}		7^{02}	9^{25}	2^{08}	5^{00}	6^{12}	9^{24}		
		5^{22}	6^{45}			1^{30}	11^{32}	6^{24}	7^{35}	10^{22}	ab	Zeitz	an		5^{28}		8^{04}	10^{20}	2^{59}	5^{57}	7^{20}	10^{24}		

W. bedeutet: Verkehrt nur Werktags. Die fettgedruckten Ziffern bedeuten D- oder Schnell-, alle anderen Personenzüge. Letztere halten auf allen Zwischenstationen.

Plato & Co., Inhaber: Gebr. König. Marienstraße 3, Fernruf 6611, Gen.-Vertr. der Dürkopp-Werke. Leistungsfähige Reparatur-Werkstatt. Verleihung von Automobilen Tag und Nacht.

Möbelfabrik Quilitzsch.

August Trabitzsch, Zigarrenfabrik Burgstr. 1. Telephon 165. Zigaretten und Rauchtabak in größter Auswahl.

Grollmitz & Reinecke, Burgstraße 45. Fernruf 162 Gummiwaren. — Bandagen.

Leopold Wolff, Burgstr. 7 Fernruf 312. Gold-, Silber-, Uhren- und Optische Waren.

Emil Ehricke, Innere Bismarckstr. 19. Glas. Porzellan. Bilder.

A. Döring, Café-Restaurant. Kaiserstraße 67.

S. Jarosch Nachf. Markt 7. — Spezialhaus für Herren-, Knaben-, Sport- u. Berufs-Kleidung. Anfertigung nach Maß.

Gebr. Meyer Kirchstr. 10. — Beste Bezugsquelle für Damen-Kleidung.

Hch. Arnold Wäsche und Manufakturwaren, Markt 8. Fernsprecher 149.

Paul Raack Markt 5. Spezialgeschäft für Herren-Artikel.

Bruno Raack Burgstraße 2. Hüte, Mützen Wäsche.

Carl Molt, Fahrräder, Nähmaschinen, Kinderwagen, Sprechapparate u. Zubeh.

Ernst Strenger Burgstr. 49, Spezial-Schuhwarengeschäft.

Oswald Böhme Burgstraße 52 Schokoladen u. Konfitüren.

R. Zöllmer Fischhandlung.

E. Swoboda Markt 5a Haus- und Küchengeräte.

Paul Rudolph Drogen, Farben, Kolonialwaren, Photo-Artikel.

G. Raack Burgstr. 49, Musikinstrumente, Saiten.

Curt Trabitzsch, Kaiserstr. 66. Zigarren. Zigaretten. Tabak.

Otto Liebmann, Hallesche straße 14. Porzellan. Steingut. Glas.

Merseburg.

Paul Ehlert, Haushaltartikel. Entenplan 11.

Zigarrenhaus Franz Müller, Weine. Gotthardstraße 48. Liköre.

Carl Stürzebecher, Strumpfwaren, Herren-Artikel, Woll- und Weißwaren.

Oskar Zimmermann Gotthardstraße 25. Erstkl. Spezialhaus für Herren- und Knaben-Konfektion.

H. Taitza Neumarkt 18. Markt 19. Bekleidung aller Art. Aeltestes Geschäft am Platze.

G. Hoffmann, Mark 19. Woll-, Weiß- und Wirkwaren. Herrenartikel und Schürzen. Korsetts. Handarbeiten. Schneiderei-Bedarfs-Artikel. Besätze.

Marie Müller Nachf., Gotthardstr. 42. Damen- und Kinderhüte. Jede Preislage. Große Auswahl

J. G. Knauth & Sohn, Pelzwaren — Herrenhüte. Mützen — Herrenartikel.

Schuhhaus Hermann Körner, Kleine Ritterstraße 1. Eigene Reparatur-Werkstatt.

D. Scholz Wtw., Inhaber: Gebr. Scholz, Gotthardstraße 34. Möbellager — Ganze Wohnungs-Einrichtungen — Eigene Möbeltischlerei und Polsterei.

Sporthaus Hans Käther, Kl. Ritterstr. 1. Ecke Entenplan. Spezial-Einkaufshaus für Vereine.

Spielwarenhaus Wilhelm Köhler, Gotthardstr. 5. Anerkannt gute Bezugsquelle für Geschenkartikel und Spielwaren.

Flora Parfümerie, Otto Stiebritz Parfümerien — Seifen — Toilette-Artikel Abt. Konfitüren.

Adler-Drogerie Wilh. Kieslich Inh.: Wwe. A. Atzel. Entenplan. Fernsprecher 95. Medizinal-Drogerie und l. Foto-Spezialhaus am Platze.

Th. Ebert Nachf. Arthur Polster Optiker. Spezialist in Augenoptik. Entenplan.

Günther Liebmann Entenplan 6. Markt 20. Fernruf 360. Elektrische Bedarfsartikel. Fabrikations- und Reparaturwerkstätte.

Eduard Klauß Kohlen. — Baumaterialien Landw. Bedarfsartikel.

Otto Bretschneider, Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte.

R. Christ, Entenplan Nr. 5. Herrenbekleidung, fertig und nach Maß.

Weissenfels.

Adolf Gutmann, Manufaktur — Modewaren Damenkonfektion.

Emil Joske, Weißenfels, Ecke Markt und Jüdenstr. Filiale: Merseburgerstr. Größtes Geschäftshaus am Platze.

Hermann Zierfuß, Wohnungs-Einrichtungen in jeder Preislage.

Emil P. Rackwitz, Jüdenstr. 1, Weinhandlung Kolonialwaren, Zigarren.

Franz Wengler, Elektrotechnisches Büro. Licht- und Kraftanlagen — Moderne Beleuchtungen.

Dimke & Herrmann, Autohaus, Gr. Burgstraße 1. Fahrräder — Ersatzteile — Eigene Reparaturwerkstätte.

D. Kronenberg, Uhren und Goldwaren, Markt 9—10.

Kognak-Zentrale, F. G. Menge.

F. u. G. Höppner, vorm. F. H. Krause, Jüdenstraße 10. Butter, Käse, Wurst.

Wilhelm Apelt, Wein und Spirituosen.

Zig.-Haus M. Sack, Schreibwar., Pfeifen, Spitzen, Stöcke. Kleine Kalandstr 19.

Eisleben.

Herm. Zwarg, Inh. Botho Hildebrandt, Plan 11. Drog., Parfümerien, Kolonialw., Zigarr., Zigarett. Tabak, Weine, Spirituosen.

Die billigste Bezugsquelle in Eisleben ist das Kaufhaus Lutherstr.

Emil Schauseil, Konditorei, Am Markt.

Delitzsch.

Drogerie zur Reichspost, Inh.: W. Sohrmann.

Walter Seidel. Billige Lebensmittel.

Die Volksstimme bestellen Sie bei H. Alpers, Bitterfelderstr. 17 H. Klunkert, Elisabethstr. 4.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211021-14/fragment/page=0008